

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Aussagekraft arg in Frage gestellt



Zur Bewertung der Checks «Schreiben»

Warum eigentlich erst jetzt?

Kommentar zur Basler
Förderklassen-Initiative

Dem Lehrpersonen- mangel auf der Spur

Zwei Aussteigerinnen
im Interview

Weiterentwicklung der gymnasialen Matur

Die Stellungnahme
des GBL zur Reform

Editorial

Nach den Korrekturen ist vor den Korrekturen



Liebe Leserin
Lieber Leser

«Ils l'ont fait parce qu'ils ne savaient pas que c'était impossible» – eines der vielen geistreichen Zitate, welche Reisende in IC-Zügen zum Nachdenken anregen – bringt das Wirken des LVB in der vergangenen Amtsperiode auf den Punkt.

Dank Networking, Verhandlungsgeschick und unermüdlicher Mitarbeit des LVB steht den Baselbieter Lehrpersonen seit 2020 ein vielfältiges Lehrmittelangebot zur Verfügung. Sek I-Lehrkräfte erfreuen sich zudem an übersichtlichen und leistbaren Stofflehrplänen. Dies sind nur zwei bildungspolitische Meilensteine, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären. Vielfalt und Praktikabilität wurden entscheidend gestärkt – und damit die pädagogische Verantwortung von uns Unterrichtenden.

So erfreulich diese Erfolge sein mögen, so anspruchsvoll sind die aktuellen pädagogischen und gewerkschaftlichen Herausforderungen. Es ist also nicht der Moment, um sich auf Lorbeeren auszuruhen. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung

müsste etwa die Erkenntnis reifen, dass Datenschutz keine Daten schützt, sondern Grundrechte und Privatsphäre – und die Zukunftschancen von Lernenden, die zerstört werden können, wenn ihre Lern- und Gesundheitsprofile in falsche Hände geraten.

Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Lehrpersonenmangels sind griffige Massnahmen Pflicht. Der Direktvergleich mit den umliegenden Kantonen zeigt, dass unser Kanton auf Stufe Primar die tiefsten Einstiegsgehälter zahlt und mit der flachsten Lohnanstiegskurve «glänzt». Zudem kennt Baselland keine Altersentlastung – ein deutschschweizweit negatives Alleinstellungsmerkmal. Schliesslich verwehrt das Baselbiet den Primarklassenlehrpersonen weiterhin die dringend benötigte Ressourcierung der Klassenleitung – im Wissen darum, dass es ohne diese verantwortungsvolle, zeitintensive und unverzichtbare Arbeit keine Schulreisen, keine Lager, keine Projektwochen, keine Elternberatung, keine Übertrittsgespräche, keine Laufbahnberatung oder keine Absprachen mit dem KJP und SPD gäbe.

Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit fordert der LVB auf Stufe Primar deshalb eine höhere Lohnbandeinstufung und die flächendeckende Einführung der ressourcierten Klassenleitung. Die vom Regierungsrat angestrebte kommunale Variabilität lehnen wir in aller Form ab. Damit Frühpensioenierungen oder gar krankheitsbedingte Langzeitsabsenzen verhindert werden können, fordert der LVB überdies die Wiedereinführung der Altersentlastung. Ebenfalls weiterhin unbefriedigend ist die Situation für (angebliche) Monofachlehrpersonen, altrechtlich ausgebildete Sek A- sowie die BG- und Sport-Lehrkräfte auf Sek II.

Attraktive Anstellungsbedingungen erschöpfen sich aber nicht in konkurrenzfähigen Löhnen. Aufgrund der Reformkadenz der letzten 15 Jahre nahmen die Anforderungen im Lehrberuf beständig zu. Um die Hauptbelastungsfaktoren zu eruieren, hat der LVB jüngst eine umfassende Umfrage lanciert. Wie gewohnt, werden wir die Resultate sauber analysieren, daraus konkrete Forderungen ableiten und öffentlichkeitswirksam publizieren. So viel sei jetzt schon verraten: Die mit der Einführung der Teilautonomie und der integrativen Schule generierte Sitzungs- und Administrationsexplosion wird von einer grossen Mehrheit der Befragten als belastend empfunden. Von den bis dato fast 800 Teilnehmenden wünschen sich weit über 80% eine Reduktion der verordneten Teamarbeit und mehr Zeit für das Kerngeschäft Unterricht.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache: Ja, ich entstamme einer echten Lehrerfamilie und ja, ich könnte mir an jedem Verwandtschaftstreffen einen Überblick vom Kindergarten bis zur Uni verschaffen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir auch Neurologen, Wirtschaftshistoriker, Banker, Polymechaniker, Forstunternehmer u.v.a. in unseren Reihen haben. Und meine Nichte – ihres Zeichens Optometristin – sorgt regelmässig dafür, dass dem neuen LVB-Präsidenten der erforderliche Durchblick erhalten bleibt, damit der LVB weiterhin in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der BKSD, dem AVS und den involvierten Anspruchsgruppen zu gesunden, finanzierbaren und bodenständigen Lösungen beitragen kann.

Philipp Loretz
Präsident LVB

Inhalt

- | | |
|---|---|
| <p>2 Editorial
Nach den Korrekturen ist vor den Korrekturen
von <i>Philipp Loretz</i></p> <p>4 LVB-Jahresrechnung 2021/2022</p> <p>8 Warum eigentlich erst jetzt?
Ein Kommentar zur Basler Förderklassen-Initiative
von <i>Roger von Wartburg</i></p> <p>13 Perlenfischen
weitere Perlen auf S. 14, 31, 40 und 42
von <i>Roger von Wartburg</i></p> <p>16 Aussagekraft arg in Frage gestellt
Zur Bewertung der Checks «Schreiben»
von <i>Roger von Wartburg und Philipp Loretz</i></p> <p>24 Alles, was (nicht) recht ist
Unfreie Lehrmittelfreiheit
von <i>Isabella Oser</i></p> <p>25 Lichtblick
Bäumig
von <i>Roger von Wartburg</i></p> <p>27 Dem Lehrpersonenmangel auf der Spur
Je eine junge und erfahrene Aussteigerin
im Interview</p> | <p>32 «Digitale Dienstleistungen sparen uns Zeit und Geld»
Interview mit Roland Lüthi
Leiter Privatkunden bei Visana</p> <p>34 Weiterentwicklung der gymnasialen Matur (WEGM)
Eine Stellungnahme aus Sicht des GBL
von <i>Maja Ruef und Andrea Seehuber</i></p> <p>39 Partnerschaft Schule – Wirtschaft
Jugend-Probleme: Kommunikation kann helfen
von <i>Frank Linhart</i></p> <p>44 LVB-Forum</p> <p>45 LVB-Informationen
Melden Sie uns Ihre Mutationen jetzt!
LVB vor Ort: Buchen Sie die LVB-Geschäftsleitung!
Anhörung Brückenangebote: LVB-Stellungnahme
Forderung der ABP betreffend Teuerungsausgleich
und Realloohnerhöhung</p> <p>50 Strichwörtlich
von <i>Michèle Heller</i></p> <p>51 Der letzte Schrei
Solidaritätsleerstellen
von <i>Roger von Wartburg</i></p> |
|---|---|

Herausgeber Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, Schwertrainstrasse 36, 4142 Münchenstein, www.LVB.ch

Redaktion LVB-Geschäftsleitung • **Layout & Gestaltung** Philipp Loretz • **Lektorat** Roger von Wartburg

Ausgabe SJ 2022/23, Nummer 01, September 2022 • **Auflage** 3000, erscheint 4-5-mal jährlich

Druck Schaub Medien AG, 4450 Sissach • **Titelbild** rolffimages – stock.adobe.com • **Logo** Schmutz & Pfister, Grafik und Design

Münchenstein, 28. September 2022

LVB-Jahresrechnung 2021/2022

Bilanz per 30.06.2022

	30.06.2022	30.06.2021
AKTIVEN	CHF	CHF
VEREINSKASSE		
Kasse	240	440
Post Verein	339'217	97'707
Bank Verein	45'897	55'746
Forderungen	32'154	10'761
Aktive Rechnungsabgrenzung	37'396	21'326
IT-Anlage	5'400	4'200
Total VEREINSKASSE	460'303	190'180
JUBILARENKASSE		
Bank Jubilaren	29'202	34'078
Total JUBILARENKASSE	29'202	34'078
KAMPFKASSE		
Bank Kampf	135'302	129'035
Total KAMPFKASSE	135'302	129'035
RECHTSSCHUTZKASSE		
Bank Recht	87'584	188'297
Aktive Rechnungsabgrenzung	-	7'205
Total RECHTSSCHUTZKASSE	87'584	195'502
TOTAL AKTIVEN	712'392	548'795
PASSIVEN	CHF	CHF
VEREINSKASSE		
Verbindlichkeiten	169'185	29'290
Passive Rechnungsabgrenzung	20'756	14'380
Langfristiges verzinsliches Darlehen BLKB	45'000	60'000
<i>Kapital aus Vorjahr</i>	67'999	48'860
<i>Erfolg Geschäftsjahr</i>	25'056	19'139
Eigenkapital Vereinskasse	93'056	67'999
Total VEREINSKASSE	327'997	171'670
JUBILARENKASSE		
Verbindlichkeiten	2'118	3'947
Rückstellung Jubilarenfeier	-	9'000
<i>Kapital aus Vorjahr</i>	45'331	40'128
<i>Erfolg Geschäftsjahr</i>	4'689	5'203
Eigenkapital Jubilarenkasse	50'020	45'331
Total JUBILARENKASSE	52'138	58'278
KAMPFKASSE		
<i>Kapital aus Vorjahr</i>	121'932	121'820
<i>Erfolg Geschäftsjahr</i>	118	112
Eigenkapital Kampfkasse	122'049	121'932
Total KAMPFKASSE	122'049	121'932
RECHTSSCHUTZKASSE		
Verbindlichkeiten	5'155	-
Passive Rechnungsabgrenzung	4'600	7'754
<i>Kapital aus Vorjahr</i>	189'161	165'612
<i>Erfolg Geschäftsjahr</i>	11'292	23'549
Eigenkapital Rechtsschutzkasse	200'452	189'161
Total RECHTSSCHUTZKASSE	210'208	196'915
TOTAL PASSIVEN	712'392	548'795

Erfolgsrechnung 01.07.21 bis 30.06.2022

	Budget Folgejahr	Erfolgsrechnung 2021/2022	Budget 2021/2022	Erfolgsrechnung Vorjahr
VEREINSKASSE	CHF	CHF	CHF	CHF
Erlös Mitgliederbeiträge	351'500	351'942	355'000	359'013
Debitorenverluste	-	-	-1'000	-689
Erlös Diverses	-	-	-	250
Betriebsertrag	351'500	351'942	354'000	358'574
Personalaufwand	-340'000	-305'005	-322'000	-307'111
Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	-120	-120	-120	-120
Aufwand Büro und Verwaltung	-15'000	-15'211	-11'000	-11'874
Aufwand Treuhand	-10'000	-14'776	-10'000	-13'463
Aufwand Beiträge und Spenden	-500	-950	-500	-425
Aufwand Veranstaltungen	-16'000	-16'242	-17'000	-10'802
Aufwand Pensionierte	-4'000	-4'168	-4'000	-2'850
Aufwand Verbandszeitschrift	-36'000	-37'539	-35'000	-32'322
Aufwand Sachversicherungen	-1'500	-1'464	-1'500	-1'464
Aufwand Informatik und Lizenzen	-12'000	-12'683	-9'000	-15'909
Aufwand Auftritt und Werbung	-2'500	-10'890	-9'000	-2'613
Aufwand Rechnungsrevision	-2'400	-3'078	-2'400	-5'419
Aufwand Jubiläum 175 Jahre	-	-7'660	-10'500	-7'636
Abschreibungen Informatik	-2'200	-3'497	-3'000	-2'730
Betriebsergebnis	-90'720	-81'342	-81'020	-56'163
Finanzertrag	-	55	-	64
Finanzaufwand Darlehen	-340	-474	-467	-610
Betriebsergebnis vor Steuern	-91'060	-81'761	-81'487	-56'708
Ertrag Profitcenter LVB	300	326	600	931
Ertrag Profitcenter LCH	65'000	71'778	60'000	74'843
IT-Projekt Tocco	-25'000	-	-	-
a.o. Aufwand	-	-17'347	-	-
a.o. Ertrag	-	52'608	-	708
Erfolg VEREIN vor Steuern	-50'760	25'605	-20'887	19'773
Steueraufwand	-700	-549	-700	-634
Erfolg VEREIN	-51'460	25'056	-21'587	19'139
JUBILARENKASSE				
Erlös Beiträge	12'000	11'896	12'000	11'925
Aufwand Auszahlungen/Feier	-7'500	-7'228	-9'000	-6'747
Finanzaufwand	-	-12	-	-12
Finanzertrag	-	33	-	37
Erfolg JUBI	4'500	4'689	3'000	5'203
KAMPFKASSE				
Veranstaltungen	-	-	-1'000	-
Unterstützung Kampagnen	-500	-	-1'000	-
Beratung	-1'500	-	-3'000	-
Diverter Aufwand	-500	-12	-1'000	-12
Finanzertrag	-	130	-	124
Erfolg KAMPF	-2'500	118	-6'000	112
RECHTSSCHUTZKASSE				
Erlös Beiträge	111'000	111'710	110'000	113'050
Erlös Prozessgewinne	-	9'500	-	-
Personalaufwand	-88'000	-78'000	-78'000	-78'000
Anwalts- und Verfahrenskosten	-9'000	-26'481	-5'000	-9'140
Kosten für Gutachten/Berichte	-2'000	-	-4'000	-2'504
Diverter Aufwand	-1'500	-5'612	-1'500	-12
Finanzertrag	-	175	-	156
Erfolg RECHT	10'500	11'292	21'500	23'549
ERFOLG GESAMTORGANISATION	-38'960	41'155	-3'087	48'003

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2021/2022



Bericht der Revisionsstelle über die
Prüfung der Jahresrechnung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland
Vereinsjahr 2021/2022

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung, Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2022 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung des Vereins verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen.

Unsere Prüfung basiert auf der uns vorgelegten Buchhaltung, den Belegen (wie Reglemente, Verträge, Protokolle, Bankauszüge, Originalrechnungen) sowie den Befragungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und der TRESO Treuhand AG und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse sind nicht Bestandteil dieser Revision.

Aufgrund unserer Prüfung beantragen wir der Delegiertenversammlung, die Jahresrechnung 2021/2022 zu genehmigen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "R. Senn".

Rudolf Senn

4448 Läufelfingen, 7. September 2022

Beilage:

Jahresrechnung bestehend aus:

- Bilanz per 30. Juni 2022
- Jahresrechnung 2021/2022
- Anhang 2021/2022

Den vollständigen Revisionsbericht finden Sie auf unserer Homepage unter <https://lvb.ch/geschäftsberichte/>.



Was ist besser als umweltbewusst Auto zu fahren?

Bis zu 20% Ökobonus für Fahrer von Elektro- oder Plugin-Fahrzeugen.

LCH

LVB-Mitglieder profitieren von 10% Spezialrabatt

Prämie berechnen:



Bestellen Sie Ihre Z-Volt Karte unter zurich.ch/zvolt und profitieren Sie mit der Z-Volt LadeApp:

- Schweizweiter Einheitspreis an allen Ladepunkten im Partnernetzwerk
- Keine Abo- oder Grundgebühren
- Ladestationen finden und direkt laden in CH und Europa

Ökobonus: Umweltbewusste fahren günstiger – bis zu 20% Ermässigung auf Ihre Prämie.

LVB-Mitglieder profitieren zusätzlich von Spezialkonditionen.



Zurich Versicherung – jetzt Offerte anfordern!

Unter www.lch.ch ► **dienstleistungen** ► **mitglieder** ► **versicherungen** finden Sie alle Informationen zu den Angeboten von Zurich. Hier können Sie Ihre individuelle Prämie berechnen und Ihre persönliche Offerte erstellen.

Oder Sie verlangen via 0800 33 88 33 eine unverbindliche Offerte. Das Kundencenter von Zurich ist von Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 durchgehend geöffnet. Bitte erwähnen Sie Ihre LCH-Mitgliedschaft.



Warum eigentlich erst jetzt?

Ein Kommentar zur Basler Förderklassen-Initiative

von Roger von Wartburg



Neben dem Lehrpersonenmangel stellte diesen Sommer die basel-städtische Förderklassen-Initiative den Schwerpunkt medialer Berichterstattung zu schulischen Themen in der Nordwestschweiz dar. Das Initiativkomitee fordert die Schaffung «heilpädagogisch geführter Förderklassen» für «Schülerinnen und Schüler, die kleinere Lerngruppen benötigen oder wegen ihres auffälligen Verhaltens nicht in eine Regelklasse integriert werden können». Kurzum: Es geht um eine Renaissance der (in Baselland trotz integrativer Schule nie abgeschafften) Kleinklassen. Dieser Begriff jedoch scheint in der Stadt als derart toxisch klassifiziert zu sein, dass er partout umschifft wird.



Erinnerungen an eine eindrückliche Veranstaltung

Aufgrund der vielen Medienberichte fiel mir wieder ein, dass ich vor fast sieben Jahren als LVB-Präsident an eine Delegiertenversammlung unseres basel-städtischen Partnerverbandes FSS (Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt) eingeladen gewesen war, wo in Form eines Podiumsgesprächs über die integrative Schule Basel-Stadt gestritten wurde. Das Wiederfinden meiner damaligen Notizen förderte Erstaunliches wie Erhellendes zutage – und legt die Frage nahe: Warum kommt diese Initiative eigentlich erst jetzt?

An jenem 28. November 2015 hatte die FSS zu einer «dialogischen Zwischenbilanz» über «Chancen und Grenzen» der schulischen Integration geladen. Der Versammlungsraum war rappellvoll und auf dem Podium

trafen die damalige Leiterin der Fachstelle Förderung und Integration der Volksschule Basel-Stadt, ein erfahrener Heilpädagoge sowie der Vater eines Jungen mit besonderen Bedürfnissen aufeinander.

Bürotisch vs. Klassenzimmer

Für ein erstes Raunen unter der versammelten Lehrerschaft sorgte die Fachstellen-Leiterin mit ihrem Eingangsvotum, das von vorneherein jegliche Zweifel an ihrer Kernbotschaft des Abends ausräumte: Die integrative Schule in Basel-Stadt sei eine Gesetzesänderung, die anzunehmen sei wie jede andere Gesetzesänderung. Die Würfel seien gefallen, unumkehrbar (die vormalige deutsche Bundeskanzlerin hätte wohl den Begriff «alternativlos» verwendet). Basel-Stadt befinde sich hinsichtlich Integration im Rückstand gegenüber der restlichen Schweiz und

Europa. Es gebe folglich keine Debatte mehr über das «Ob», sondern nur noch über das «Wie», und die Hauptfrage laute nun, wie die Haltung der Lehrpersonen zur Integration sei und was sie bräuchten, um diese im Sinne des Gesetzes umzusetzen. Den Satz «Wir müssen die Schule neu denken» wiederholte die Expertin im Laufe des Abends so oft, dass ich eine Strichliste zu führen begann, das Unterfangen jedoch nach einiger Zeit aufgab.

Der Heilpädagoge seinerseits kritisierte die Vorstellung, dass «Integration» gemäss der basel-städtischen Umsetzung meine, alle Kinder müssten permanent im gleichen Schulzimmer zusammen sein. Er plädierte stattdessen für integrative Ziele, die über die Schule hinausreichten; das Endziel müsse primär in der Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft bestehen. Ausserdem könne nicht



von entfernten Bürotischen aus festgeschrieben werden, wie die Integration vor Ort an den Schulen zu passieren habe.

Der Bericht eines betroffenen Vaters

Sodann meldete sich die dritte Person auf dem Podium zu Wort und erzählte in eindrücklichen und einfühlsamen Worten von dem 15-jährigen Sohn. Dieser habe zuerst die Mon-

Auf keinen Fall darf verallgemeinernd behauptet werden, Kindern mit besonderen Bedürfnissen gehe es in einem integrativen Modell gut, aber in anderen Modellen nicht.

tessori-Schule besucht, bevor er an die Volksschule wechselte. Zunächst habe es ihm durchaus gefallen und er sei gerne dabei gewesen, aber als es inhaltlich anspruchsvoller wurde und seine erheblichen kognitiven Einschränkungen dadurch immer stärker ins Gewicht fielen, seien Konflikte entstanden, die dann innerhalb eines Jahres vollständig eskaliert seien. Der Junge sei aggressiv geworden, wohl aus einer Mischung von schulischer Überforderung und aufkeimender Pubertät heraus. Er habe andere Schüler körperlich attackiert und sogar gebissen, sodass den Eltern klar geworden sei, dass dieses Modell für die Situation ihres Sohnes und der Klasse nicht passe.

Der Sohn sei dann in ein Sonderschulheim eingetreten, wo es ihm sehr gut gehe. Rückblickend hätten sie als Eltern den Eindruck, ihr Kind habe wohl zunächst die Erwartungen von Schule und Eltern nach Integration in der Regelschule adaptiert und bedient, doch sei dies gar nie sein eigener Anspruch gewesen. Im Sonderschulheim sei er glücklich und nicht mehr aggressiv.

Von der Forschung

Die Fachstellen-Leiterin betonte in ih-

rem folgenden Votum, sie komme primär aus der Forschung, und obwohl noch nicht viele brauchbare Studien dazu vorlägen, sei gemäss aktuellem Forschungsstand unbestritten, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen besser lernen würden, wenn sie in Regelklassen integriert seien, und auch die anderen Kinder in solchen Klassen würden deswegen nicht schlechter lernen. Schliesslich zog sie unter schwerlich nachvollziehbaren Bezügen auch noch die Hattie-Studie als Beleg für die Richtigkeit des integrativen Modells Basel-Stadt heran.

Dies wiederum rief den Heilpädagogen auf den Plan, welcher die Fachstellen-Leiterin davor warn-

te, Schwarz-Weiss-Bilder zu malen. Auf keinen Fall dürfe verallgemeinernd behauptet werden, Kindern mit besonderen Bedürfnissen gehe es in einem integrativen Modell gut, aber in anderen Modellen nicht. Man müsse stattdessen stets situativ schauen, ob das jeweilige Modell dem einzelnen Kind auf seinem Lebensweg dienlich sei.

Da mischte der Saal sich ein

Als bald wurde das Mikrofon für die anwesenden Lehrpersonen geöffnet und es entlud sich eine Mischung aus Enttäuschung, Frustration und Unverständnis. Ein Primarlehrer hielt der Fachstellen-Leiterin vor, bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes habe man über das Ziel hinausgeschossen. Die Fachstellen und die Erziehungsdirektion hätten es in Eigenregie so ausgestaltet, wie sie es haben wollten, nämlich unter grösstmöglicher Abschaffung von Einführungs- und Kleinklassen sowie Sonderschulen, würden nun aber so tun, als wäre gar keine

andere Umsetzung möglich gewesen. Dies stimme jedoch nicht. (Eine ähnliche Argumentation vertrat auch Roland Stark, Heilpädagoge und ehemaliger Präsident der SP Basel-Stadt, in einem Gastbeitrag¹ im «lvb inform» vor sechs Jahren.)

Weitere Wortmeldungen von Lehrpersonen brachten zum Ausdruck, dass infolge der Belastung durch die Integration fast niemand mehr 100 % arbeite, dass man überlastet sei, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickelten, die Berufspraxis aber nicht gehört werde, ja dass man schlicht nicht mehr könne. Klare Voten wandten sich gegen die Schliessung von Sonderschulen und forderten stattdessen die Rückkehr von Einführungs- und Kleinklassen. Die Frage wurde aufgeworfen, ob Renitenz von Schülerinnen und Schülern auch als Behinderung gelte. Resümierend liess sich die Stimmung unter den Anwesenden so umreissen: Die integrative Förderung für Kinder mit Lernschwierigkeiten sei gut und sinnvoll, stark verhaltensauffällige Kinder jedoch könnten im bestehenden Setting nicht erfolgreich integriert werden.

Als die sichtlich unter Druck geratene Fachstellen-Leiterin noch einmal dazu anhub, die Schule neu denken zu müssen, platzte dem neben ihr sitzenden Heilpädagogen der Kragen. Er stellte sich unmissverständlich hinter die Wortmeldungen der Lehrper-

Die integrative Förderung für Kinder mit Lernschwierigkeiten ist sinnvoll, stark verhaltensauffällige Kinder jedoch können im bestehenden Setting oft nicht erfolgreich integriert werden.

sonen und meinte, man könne doch auf derartige Bekundungen der Überforderung bis Verzweiflung nicht mit abstrakten Phrasen reagieren. Wenn die Lehrpersonen sagten, sie könnten nicht mehr, dann müsse die Erzie-

hungsdirektion das akzeptieren und Massnahmen dagegen ergreifen.

Sieben Jahre später

Liest man heute den Unterschriftenbogen und das Argumentarium des Basler Initiativkomitees, so stellt man fest, wie sehr die dort getroffenen Aussagen den Voten der Versammlung von 2015 ähneln. Es ist die Rede davon, dass «Verhaltensauffälligkeiten von Schülern» von «90 % der Lehrpersonen als ein Hauptproblem ihres Berufsalltags» gesehen würden; dass Kinder und Jugendliche mit «sozial-emotionalen Entwicklungsstörungen bei der jetzigen Form der schulischen Integration häufig überfordert» seien und die Regelschule damit «nicht allein gelassen werden» dürfe; dass Förderklassen «das unter Druck geratene System Volksschule» wirksam entlasten könnten und dass «die Praxis die Grenzen des theoretischen Modells der integrativen Schule aufzeige».

Es erstaunt daher etwas, dass auf dem Unterschriftenbogen zu lesen ist, es zeige sich «jetzt», dass das System «für die Lehr- und Fachpersonen zunehmend zum Problem» werde. Angesichts der Wortmeldungen von 2015 hätte dieser Eindruck sich durchaus schon früher verfestigen können. Allerdings entspricht es der politischen Realität, dass getroffene Entscheide in aller Regel nicht nach kurzer Zeit wieder umgestossen werden. Der Leidensdruck jedenfalls muss in der Zwischenzeit so gross geworden sein, dass die Sammlung der erforderlichen Unterschriften im Nu zustande kam.

Ein Wort zur Berichterstattung

Zum Gesicht der Förderklassen-Initiative wurde Primarlehrer Markus Harzenmoser, seit fast 40 Jahren im Beruf, tätig in Kleinbasel, ein Pädagoge mit Leib und Seele, wie man sofort erkennt, wenn er über Kinder und Schule spricht. Das Label «integrationsfeindlich» lässt sich einem Lehrer wie Harzenmoser, der sich im Radio-Interview als «Anwalt für die Kinder» bezeichnete, nicht einmal mit schändlichstem Vorsatz anhängen.

Höchst eindrücklich vielmehr ist es, wie Harzenmoser die Realität in seinem Klassenzimmer schildert. Von Kindern, die sich auf den Boden werfen, herumschreien, die es nicht aushalten, wenn es einfach ruhig und schön ist, wenn gemeinsam gesungen wird, und die dann mit aller Macht das Geschehen sabotieren und die anderen Kinder stören oder gar verstören. Und Harzenmoser weist darauf hin, dass die Anzahl Kinder mit solchen Verhaltensweisen im Zeitraum seines Arbeitslebens deutlich gestiegen sei.

Etwas irritiert war ich beim Verfolgen der Berichterstattungen von Radio und Fernsehen SRF, deren Arbeit ich grundsätzlich sehr schätze, darüber, dass in allen mir bekannten Sendungen das Schlusswort jeweils einer Bildungssoziologin (ich hatte ehrlicherweise bis dahin nicht einmal gewusst, dass es das gibt) oder einem Bildungsforscher gehörte, welche die Botschaft der Fachstellen-Leiterin von 2015, wonach aus wissenschaftlicher Sicht das integrative Modell nur Vorteile für alle aufweise, einmütig erneuerten.

Nun ist mir zwar sehr wohl bewusst, dass bei einer Reportage über eine Initiative richtigerweise Befürworter und Gegner zu Wort kommen sollen, dennoch war es auffällig, dass sich zuerst stets der Praktiker Harzenmoser äussern durfte, das letzte Wort aber den Hochschul-Vertretungen vorbehalten blieb. Nicht ohne Grund meint die Redensart «das letzte Wort haben» so viel wie «die Befugnis besitzen, bei einem Streitfall zu entscheiden». Dies sollte meines Erachtens bei der Konzeption eines medialen Berichts beachtet und entsprechend ausgeglichen gehandhabt werden.

Wissenschaft und Bildungspolitik

Ganz allgemein verspüre ich stets ein gewisses Unbehagen, wenn im

schulischen Kontext wissenschaftliche Befunde wie Naturgesetze proklamiert werden. Pädagogik ist nicht Physik. Oder wie Carl Bossard, früherer Rektor der PH Zug, es formuliert hat: «Bildungspolitische Massnahmen und Aussagen über Schule und Unterricht beruhen auf normativen Zielvorstellungen wie Weltanschauung oder Zeitgeist, Menschenbild oder Gesinnung. Sie sind nicht beweisbar, sondern nur begründbar.»²

Umso stärker müssten meines Erachtens die Einschätzungen erfahrener Vertretungen der Berufspraxis beachtet werden. Ich habe jedoch zunehmend den Eindruck, dass in der medialen Berichterstattung die Urteile von Lehrpersonen, wenn auch nur un-

Irritierend an der Berichterstattung zur Initiative ist, dass das letzte Wort immer einer Bildungssoziologin oder einem Bildungsforscher gehört, nie einer Vertretung der Berufspraxis.

terschwellig, als eher «anekdotisch» konnotiert werden, die Aussagen von Hochschul-Dozierenden dagegen als fundiert und neutral gelten dürfen.

Kommt hinzu, dass wir in der Vergangenheit abschreckende Beispiele «wissenschaftlicher Beweise» erlebt haben, die zur Begründung folgenswerer bildungspolitischer Entscheide herangezogen wurden. So hatte etwa der damalige Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor 2002 ein «wissenschaftliches Gutachten» bei Dr. Otto Stern von der PH Zürich in Auftrag gegeben, um das von Buschor vehement angestrebte Frühfremdsprachen-Konzept legitimieren zu lassen.

Über ebenjenes Gutachten von 2002 urteilte der vergleichende Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Wächter von der Universität Basel in einer Stellungnahme vom Januar 2004 ent-

waffnend nüchtern: «Da Stern in Projekten rund um den Fremdsprachunterricht an der Primarschule des Kan-

sen Heterogenität von Schulklassen sich zusätzlich täglich mit hoch- und höchstgradig verhaltensauffälligen Kindern oder Jugendlichen auseinandersetzen müssen. Sie senken ihre Pensen oder verlassen gar den Beruf. Auch darüber müsste man in Zeiten akuten Lehrpersonenmangels nachdenken.

Lehrpersonen brennen aus, wenn sie neben der naturgemäss grossen Heterogenität von Schulklassen sich zusätzlich mit höchstgradig verhaltensauffälligen Kindern auseinandersetzen müssen.

tons Zürich und in der Entwicklung von dafür vorgesehenen Lehrmitteln massgeblich beteiligt ist, kann freilich von einem unabhängigen Gutachten nicht die Rede sein [...], und Stern weist einleitend auf die tendenziöse Stossrichtung seines Dokuments in durchaus offener Weise hin. [...] Solche Insider-Gutachten durch die öffentliche Hand für die öffentliche Hand werden heutzutage leider sehr oft erstellt. Sie sind in ihrem wissenschaftlichen Wert grundsätzlich fragwürdig.»³

Im Lichte des Lehrpersonenmangels

Doch selbst wenn wir annehmen würden, dass sich das basel-städtische Integrationsmodell auf alle beteiligten Schülerinnen und Schüler tatsächlich ausschliesslich positiv auswirken würde, wäre ein damit verknüpftes Problem nicht aus der Welt geschafft: Die Lehrpersonen brennen aus, wenn sie neben der naturgemäss schon gros-

Und noch ein Aspekt sollte erwähnt sein: Rufen Sie sich die Schilderungen von Markus Harzenmoser noch einmal in Erinnerung! Herumschreiende, sich auf den Boden werfende, das Unterrichtsgeschehen massivst störende, Gegenstände umherwerfende Kinder im Schulzimmer – integriert in eine Regelklasse, welche zwangsläufig weitere Herausforderungen wie Fremdsprachigkeit, grosse leistungsmässige Unterschiede oder körperliche Gebrechen birgt. Wirken derartige Arbeitsbedingungen attraktiv auf junge Menschen, die sich vor dem Abschluss ihrer Fachmaturität oder gymnasialen Maturität im Entscheidungsprozess für ein anschliessendes Studium befinden?

Fazit und Prognose

Die Förderklassen-Initiative in Basel-Stadt ist keineswegs radikal. Sie fordert keine Rückkehr zu Tendenzen aus fernerer Vergangenheit, als etwas «schwierige» Kinder vorschnell in Sonderklassen gesteckt wurden. Der Grundgedanke des integrativen Charakters der Volksschule wird nicht in Frage gestellt. Jedoch sollen neben Integrationsklassen auch wieder heilpädagogisch geführte kleinere Klassen geführt werden, um situativ jene Modelle wählen zu können, welche, um ein Zitat des Podiumsgesprächs von 2015 noch einmal aufzunehmen, allen beteiligten Kindern und Jugendlichen auf deren Lebenswegen dienlich sind.

Hinsichtlich der dereinst stattfindenden Abstimmung in Basel-Stadt lege ich mich fest: Die Förderklassen-Initiative wird deutlich angenommen werden. Wetten?

Herumschreiende, sich auf den Boden werfende, das Unterrichtsgeschehen massivst störende, Gegenstände umherwerfende Kinder im Schulzimmer: Wirken derartige Arbeitsbedingungen attraktiv auf junge Menschen im Entscheidungsprozess für ein bestimmtes Studium?

¹ Roland Stark: Integrativer Zwischenruf aus Basel-Stadt – Romantik statt Praxiserfahrung, Ivb inform 2016/17-02

² Carl Bossard: Parole: Hausaufgaben abschaffen!, www.journal21.ch, 30. April 2018

³ Rudolf Wachter: Zur wissenschaftlichen Grundlage der Entscheidung des Bildungsrats und der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich betr. Frühfremdsprachen, 4. Januar 2004

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Jugendliche zeigen wenig Interesse an Sprachaufenthalten

Wo: Sonntagszeitung

Wer: Denis von Burg

Wann: 28. August 2022

Das Ziel war ambitioniert. 2017 verabredeten Bund und Kantone, dass jeder und jede in diesem Land während der Ausbildungszeit mindestens einen längeren Aufenthalt in einem anderen Sprachraum machen soll, sei es in der Schweiz oder im Ausland. «Austausch und Mobilität sollten zum festen Bestandteil jeder Biografie werden», sagten die Behörden und gründeten dafür die Agentur Movetia. Diese mit über 40 Millionen Franken vom Bund finanzierte Agentur hat den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Austauschprogramme zu organisieren und zu fördern.

Der Erfolg ist indes bescheiden. Nachdem 2017 rund zwei Prozent aller Schüler von der ersten bis zur 12. Klasse an einem Sprachaustausch teilgenommen hatten, konnte die Quote laut Movetia bis 2019 auf etwa drei Prozent gesteigert werden. In der Corona-Zeit sind die Zahlen richtiggehend eingebrochen, jetzt erholen sie sich wieder auf ungefähr das Niveau von vor der Pandemie.

Ungenügend, findet man selbst bei Movetia. «Es gibt noch viel zu tun. Die Schweiz ist noch weit weg von der Vision, dass Austausch und Mobilität Bestandteil der Ausbildung sind», sagt Movetia-Medienchefin Audrey Fasnacht.

Das Engagement der Kantone sei zwar verbessert worden. Einige wie Zürich oder die Waadt seien Kooperationen über die Sprachgrenzen hinaus eingegangen, um den Austausch von Schülern und Lernenden zu organisieren. Noch immer gibt es aber grosse regionale Unterschiede. Während Westschweizer Kantone und die Regionen an der Sprachgrenze aktiv sind, engagieren sich Teile der Ost- und der Innerschweiz nur bescheiden.

Und vor allem: Das Interesse der Lernenden bleibt vielerorts gering. Während der Studentenaustausch nach Corona wieder deutlich angezogen hat, bleibt die Beteiligung der Jüngeren bescheiden, gemäss Movetia insbesondere in der Berufsbildung. Deshalb will die Agentur jetzt die Strategie ändern und Schülerinnen und Schüler ansprechen. «Nach fünf Jahren und viel Kommunikations- und Sensibilisierungsarbeit bei den Lehrkräften und Behörden wollen wir nun direkt zu den Jugendlichen gehen», sagt Fasnacht. Ende Monat wird Movetia eine Motivationskampagne lancieren. Geplant sind Social-Media-Aktionen, Auftritte an Schulen und an Berufsbildungsanlässen wie den Swiss Skills in Bern. Die Kampagne soll mindestens bis 2024 laufen und ist mit einem Budget von 800'000 Franken ausgestattet. Der Slogan heisst «Learning by Going».

Die Schweiz ist noch weit weg von der Vision, dass Austausch und Mobilität Bestandteil der Ausbildung sind.



Perle 2: Deshalb wollen sie ihr Pensum nicht erhöhen

Wo: Der Bund

Wer: Naomi Jones

Wann: 23. August 2022

Wenn jede Lehrperson ihr Teilzeitpensum um 10 Prozent erhöhe, könne die steigende Kinderzahl an den Schulen trotz Pensionierungswelle der Babyboomer bewältigt werden. Das stand im Schweizer Bildungsbericht 2018. Bald vier Jahre später sind die Zahlen der Schüler und Schülerinnen gestiegen und die Babyboomer gehen wie vorgesehen in Pension. Bloss die verbleibenden Lehrer und Lehrerinnen haben ihr Pensum nicht erhöht. Nun klagt die Schweiz über einen immer akuten Lehrpersonenmangel. Weshalb also wollen die ausgebildeten Lehrer und Lehrerinnen nicht mehr arbeiten?

Immer lauter wird etwa die Forderung nach einem Mindestpensum, wie es der Kanton Genf kennt. Von vorgeschriebenen Pensen wollen aber hiesige Schulleitende und Lehrpersonen nichts wissen. Daniel Wildhaber, Schulleiter in Münsingen, schickt spontan eine Audiodatei aus dem Lehrerzimmer. Er hat das Kollegium gefragt, was es von einer generellen Erhöhung der Pensen um 10 Prozent, wie vom Bildungsbericht vorgeschlagen, halte. «Dann verliert man auf der Primarstufe alle Frauen, die Mütter sind», sagt eine Lehrerin und schiebt nach: «Dann können sie schauen, wie das mit dem Lehrermangel geht.»

Tatsächlich dürfte der hohe Frauenanteil an der Volksschule von rund 78 Prozent im Kanton Bern einer der wesentlichen Gründe für die hohe Verbreitung von Teilzeitarbeit sein. Während die Männer gemäss einem kürzlich publizierten Bericht der Pädagogischen Hochschule Schwyz während ihrer ganzen Laufbahn durchschnittlich zu etwa 90 Prozent angestellt sind, sinkt das Pensum der Frauen zwischen 27 und 37 Jahren auf durchschnittlich 60 Prozent.

Die Autorin und der Autor des Berichts weisen aber darauf hin, dass auch bei jungen Männern die Teilzeitarbeit immer beliebter werde. «Heute fordern junge Männer selbstverständlich einen Papitag», sagt Wildhaber. «Lehrpersonen haben von Berufs wegen gern Kinder», erklärt Anna-Katharina Zenger von Bildung Bern. Da sei es naheliegend, dass sie die eigenen Kinder grösstenteils selber betreuen wollten. Die veränderten Rollenmuster und der zunehmende Wunsch junger Männer, sich in der eigenen Familie zu engagieren, wird also eher zu noch mehr Teilzeitanstellungen in der Schule führen.

Trotzdem fordert Zenger einen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung, damit insbesondere Mütter trotz Baby ihr Pensum nicht auf ein Minimum reduzieren müssen. Zudem sei ein Teilzeitpensum an der Schule auch bei Leuten beliebt, die daneben intensiv Sport trieben oder mit einem Fuss im Kulturbetrieb stünden.

Der Bericht der PH Schwyz nennt aber noch einen anderen Grund für den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von rund 70 Prozent im Schulbetrieb. Von rund 3200 befragten Teilzeitlehrpersonen habe jede dritte gesundheitliche Aspekte beziehungsweise die hohe berufliche Beanspruchung als Grund für die Teilzeitarbeit angegeben, erklärt Co-Autorin Anita Sandmeier. Hochgerechnet fehlten in der Deutschschweiz deshalb etwa 2600 Vollzeitlehrpersonen. Sandmeier vermutet im Bericht, «dass Lehrpersonen zur Vermeidung einer zeitlichen Überlastung eher ihr Arbeitspensum reduzieren als bei ihrer Arbeit Abstriche zu machen».

Die Ansprüche der Gesellschaft an die Schule hätten stark zugenommen, erklärt Anna-Katharina Zenger. Das Volksschulgesetz verlangt, dass nach Möglichkeit alle Kinder unabhängig von ihren Möglichkeiten und allfälligen Beeinträchtigungen in der Volksschule integriert werden. Die Zahl der fremdsprachigen Kinder hat stark zugenommen. Dabei soll die Schule möglichst jedem Kind nach seinen individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Zenger findet, [...] entspre-



© Ursula Deja – stock.adobe.com

Um den Pool möglicher Lehrkräfte zu vergrössern, müssen die Schulen auch für junge Männer wieder attraktiv werden, und dies bereits bei der Berufswahl.

chend habe der Aufwand der Lehrkräfte nicht nur im Unterricht, sondern auch bei der Koordination der verschiedenen Angebote und bei der Arbeit mit den Eltern stark zugenommen. Eine weitere Schwierigkeit sei, dass die Jahresarbeitszeit von 1930 Stunden zwar der üblichen 42-Stunden-Woche bei sechs Wochen Ferien entspreche, aber vor allem in den 39 Unterrichtswochen geleistet werden müsse.

Die Gewerkschafterin fordert deshalb maximale Klassengrößen von 20 Kindern und durchgehendes Teamteaching vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse sowie mehr zeitliche Ressourcen bei gleichen Aufgaben für die Schulleitungen. «Die Gesellschaft muss sich entscheiden, wie viel ihr die gute Bildung ihrer Kinder wert ist.» Anna-Katharina Zenger verlangt somit von den Gemeinden, dass sie mehr Lehrer und Lehrerinnen anstellen, und das obwohl es davon bereits heute zu wenig gibt.

Wie kommt die Gesellschaft also zu mehr Lehrpersonen? Dafür müsste sie sich vielleicht in der Wirtschaft umsehen. Der

Fachkräftemangel ist in vielen Branchen ein akutes Thema. Viele bisher männerdominierte Branchen versuchen deshalb gezielt, Frauen anzusprechen. Dazu verändern sie auch die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Schule hingegen, die eine hohe Vereinbarkeit gewährt, ist gerade deshalb zu einem beliebten Arbeitsfeld für Frauen geworden. Nach wie vor sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Frauen ein wesentliches Argument für die Berufswahl, sagt Barbara Ruf, Leiterin der kantonalen Gleichstellungsfachstelle.

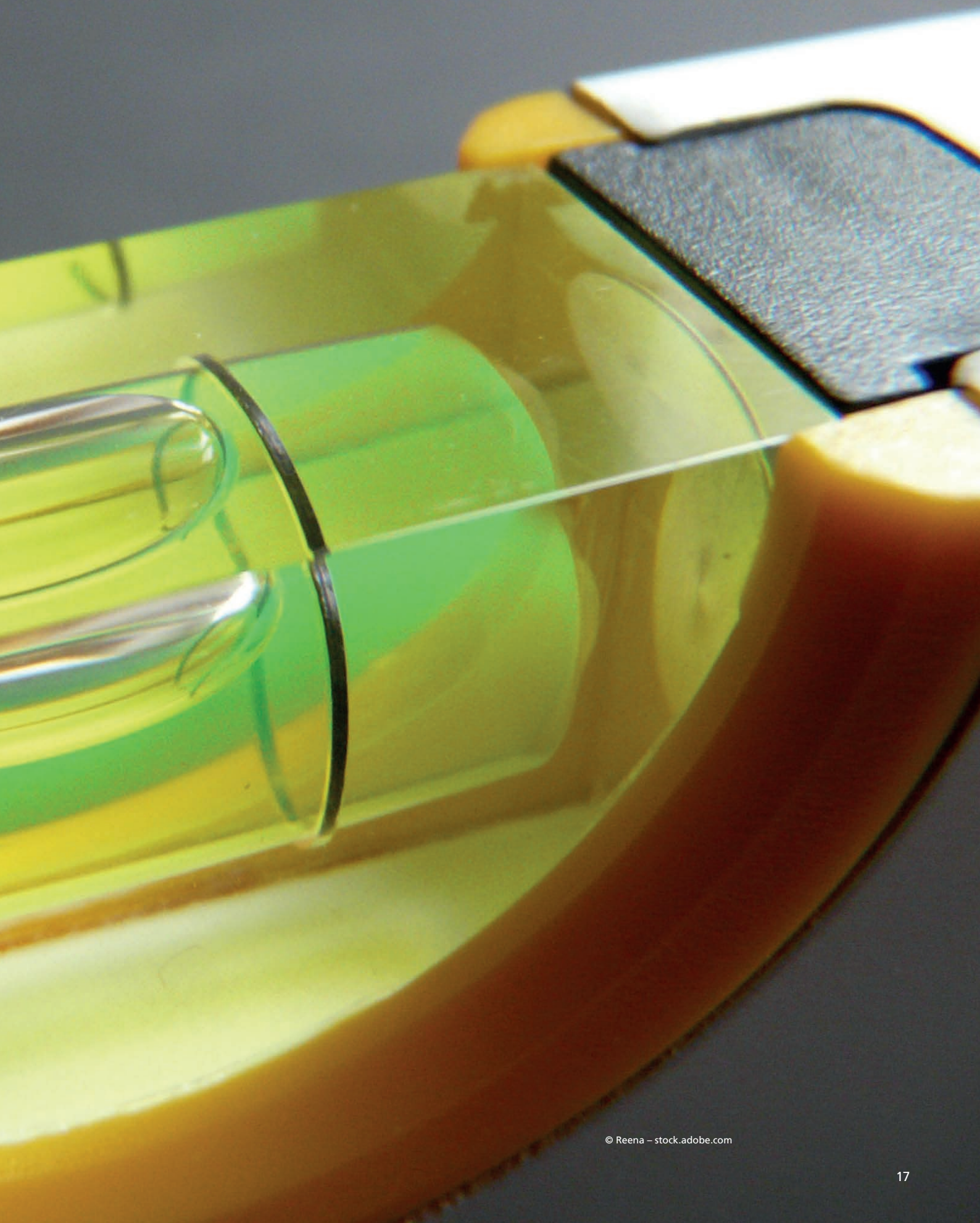
Um den Pool möglicher Lehrkräfte zu vergrössern, müssen die Schulen also auch für junge Männer wieder attraktiv werden, und dies bereits bei der Berufswahl. Für sie sei die Vereinbarkeit zwar zunehmend auch ein Thema, doch immer noch sei neben dem Lohn der Status eines Berufs wichtig, erklärt Ruf. Und gerade Letzterer hat seit den 1960er-Jahren unter anderem wegen des steigenden Frauenanteils, der sinkenden Löhne und des veränderten Verhältnisses der Gesellschaft zu Autoritäten besonders stark gelitten.



Aussagekraft arg in Frage gestellt Zur Bewertung der Checks «Schreiben»

von Roger von Wartburg und Philipp Loretz







© abcmmedia – stock.adobe.com

Wie im Artikel über die problematische Terminfreiheit hinsichtlich der Durchführung der Checks «Schreiben»¹ in der letzten Ausgabe des «lvb inform» angekündigt, legen wir im nun vorliegenden Artikel den Finger noch einmal ganz konkret auf die bestehende Bewertungspraxis der schriftlichen Checks, diesmal mit dem Fokus Französisch. Die vom zuständigen Institut für Bildungsevaluation (IBE) der Universität Zürich für sich in Anspruch genommene Wissenschaftlichkeit bei der Bewertung der Schreibprodukte respektive deren Aussagekraft muss in Frage gestellt werden. Wir laden die Leserschaft ein, sich anhand expliziter Beispiele ein eigenes Urteil zu bilden.

K

Königsdziplin Textbewertung

Wer unterrichtet, weiss: Das Bewerten von Texten zählt zu den anspruchsvollsten Tätigkeiten im Lehrberuf. Auch nach vielen Jahren der Praxis und diversen ausprobierten und gegebenenfalls wieder verworfenen oder angepassten Korrektur- und Beurteilungsmethoden kann einen noch immer gelegentlich der Eindruck überkommen, gewissen Texten von Schülerinnen und Schülern mit einer Bewertung nicht wirklich gerecht zu werden.

In jedem Fall unabdingbar für eine seriöse Validierung von Schreibprodukten ist der Faktor Zeit. Diese Bedingung kann im Kontext der Checks schlechterdings erfüllt sein, denn das IBE budgetiert gemäss eigenen Angaben selbst für die im Vergleich zum Französisch in der Regel merklich längeren Deutsch-Texte lediglich mit wenigen Minuten pro Exemplar. Das Bewerten wird grossmehrheitlich von Studierenden aus verschiedenen Fakultäten übernommen.

Die Ausbildung solcher «Rater» oder «Raterinnen» dauert einen oder zwei Tage. Gemäss Begleitschreiben des IBE zur Ergebnissrückmeldung «Französisch Schreiben» würden während der Einführungsphase «so lange gleiche Texte von allen Personen beurteilt, bis es nur noch zu geringen Abweichungen in der Beurteilung» komme. Ausserdem würden nach der Einführungsphase «täglich zwischen fünf und zehn Texte vom ganzen Team korrigiert».

Eine weitere Aussage aus dem Begleitschreiben fördert Überraschendes zutage: Trotz aller Absprachen werde zusätzlich ein «rechnerisches Verfahren» eingesetzt, um die Beurteilungen «eher strenger oder eher milder» Raterinnen und Rater zu korrigieren. Dieses Verfahren könne dazu führen, «dass bei exakt gleicher Beurteilung der Kriterien eine andere Punktzahl auf der Check-Skala ausge-

wiesen» werde, wobei die Unterschiede gering seien.

G

Grenzen von Rastern

Nicht selten schwankt man als Lehrperson zwischen dem Wunsch nach (vermeintlich) klaren Bewertungsrastern zwecks Transparenz und Vergleichbarkeit einerseits, aber andererseits eben auch der Feststellung, dass genau solche Raster es dann nicht vermögen, die Originalität eines Textes adäquat abzubilden respektive zwischen höchst gelungenen und gänzlich missratenen Werken hinreichend zu differenzieren.

Das IBE setzt in seinen Bewertungen ausschliesslich auf fixe Raster mit 8 oder 9 Kriterien im Französisch und deren 15 in Deutsch. Individuelle Kommentare, markierte Passagen und Wörter oder Ähnliches gibt es nicht.

Das IBE setzt in seinen Bewertungen ausschliesslich auf fixe Raster mit 8 oder 9 Kriterien im Französisch und deren 15 in Deutsch. Individuelle Kommentare, markierte Passagen und Wörter oder Ähnliches gibt es nicht. Philipp Loretz hat in einem Artikel vom Juni 2021² die umstrittensten Aspekte des bestehenden Beurteilungs-Settings der Checks «Schreiben» analysiert: Die Stichworte hierzu lauten «fragwürdige Kriterien», «Vermischung unterschiedlicher Subkriterien» und «unklare Gewichtung».

P

Punktzahl und Kompetenzstufe

Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrpersonen erhalten als Teil der Checks-Beurteilung eine drei- oder vierstellige Punktzahl sowie die Zuweisung zu einer Kompetenzstufe inklusive Kommentar zu derselben.

Ferner wird der sogenannte Prozentrang angegeben, der anzeigt, wo sich eine Schülerin oder ein Schüler im Vergleich mit allen anderen Teilnehmenden aus dem Bildungsraum Nordwestschweiz befindet.

Eine dreistellige Punktzahl wie 748 oder 815 erweckt auf den ersten Blick den Eindruck einer ganz präzisen wissenschaftlichen Messung. Wie genau diese Punktzahl zustande kommt, bleibt jedoch unklar.

Eine dreistellige Punktzahl wie 748 oder 815 erweckt auf den ersten Blick automatisch den Eindruck einer ganz präzisen wissenschaftlichen Messung. Wie genau diese Punktzahl zustande kommt, bleibt jedoch auch nach längerer Auseinandersetzung damit unklar, da nicht nachvollzogen werden kann, wie viel Gewicht welche Kriterien des Bewertungsrasters für das Berechnen der Punktzahl haben. Um wie viele Punkte (und die daran gekoppelten Kompetenzstufen) würde das Abändern eines einzigen Kriteriums das ausgewiesene Ergebnis verändern? Das IBE stellt sich hierbei auf den Standpunkt, dass, unabhängig von der Gewichtung einzelner Kriterien, die Einheitlichkeit der Bewertung wichtig sei; dadurch seien Vergleichbarkeit und Fairness gewährleistet.

L

Leere Kompetenzstufen

Die Punktzahlen werden sodann einer Kompetenzstufe zugeordnet. Unterschieden wird in römischer Zahlenschrift zwischen 10 Kompetenzstufen (also von I bis X); hinzu kommen für Ausnahmefälle die Angaben «<I» (noch unterhalb von Kompetenzstufe I) sowie «>X» (noch besser als Kompetenzstufe X). Jede Kompetenzstufe umfasst 100 Punkte auf der Skala, z.B. reicht Kompetenzstufe I von 101 bis 200 Punkten, Kompetenzstufe II von 201 bis 300 Punkten usw.

Eine Kuriosität der besonderen Art stellt der Umstand dar, dass die Kompetenzstufen I, II und III für den Check Französisch Schreiben leer sind; es findet sich dazu keine Beschreibung der damit verbundenen Fertigkeiten. Die Ausführungen für Kompetenzstufe IV legen nahe, dass faktisch erst dort die Skala beginnt: «Die Schülerinnen und Schüler können erste bekannte Wörter abschreiben oder frei schreiben. Sie können in Formulare einfache persönliche Angaben einfüllen und einfache Angaben zur eigenen Person verfassen.»³

Weshalb den Kompetenzstufen I bis III gar keine Fertigkeiten zugewiesen sind, ist für den Betrachter nicht erklärbar. Diese Gegebenheit führt jedoch zweifelsfrei zu einer verfälschten Wahrnehmung. Es ist doch ein beträchtlicher Unterschied, ob Kompetenzstufe V von X ausgewiesen ist (was noch auf ein einigermaßen respektables Können schliessen lässt) oder ob es – ohne die drei «leeren» Kompetenzstufen – Kompetenzstu-

Eine Kuriosität der besonderen Art stellt der Umstand dar, dass die Kompetenzstufen I, II und III für den Check Französisch Schreiben leer sind; es findet sich dazu keine Beschreibung der damit verbundenen Fertigkeiten.

fe II von VII wäre (was auf äusserst bescheidene Kenntnisse schliessen liesse). Doch schauen Sie selbst!

P

Probe aufs Exempel

Wir haben mit dem Check S2 «Schreiben Französisch» des Jahres 2022 die Probe aufs Exempel gemacht und uns die Bewertungen von Texten diverser Klassen genau angesehen. Wir bitten Sie, die von Schülerinnen oder Schülern geschriebenen Texte mit den dazugehörigen «Kompetenzen» gemäss

Rückmeldung durch das IBE zu vergleichen und sich die Fragen zu stellen: Stimmt das überein? Können diese Jugendlichen wirklich, was da beschrieben ist?

D

Dichtung und Wahrheit?

Aus unserer Sicht passt das, was in den ausgewählten Beispielen gemäss Kommentaren zu den Kompetenzstufen seitens IBE ausformuliert wird, nicht zu dem, was diese Schülerinnen und Schüler anhand ihrer Texte als produktive Fertigkeiten in der französischen Sprache unter Beweis gestellt haben. Das wortreich umschriebene

Das wortreich umschriebene angebliche «Können» ist bei nüchterner Betrachtung nicht nachweisbar.

Die zwei Aufgabenstellungen der «schwierigeren Version» des Checks lauteten wie folgt:

Aufgabe 1: Un Mail à Luca

Luca ist für ein Austauschjahr in deiner Parallelklasse und spricht Französisch. Luca hat dich am Wochenende zum Picknicken im Park eingeladen, aber leider hast du keine Zeit. Antworte Luca in einem E-Mail. Du...

- bedankst dich für die Einladung,
 - erklärst, warum du am Wochenende keine Zeit hast,
 - schlägst einen neuen Zeitpunkt und eine andere Aktivität vor,
 - fragst, ob Luca mit deinem Vorschlag einverstanden ist.
- Vergiss nicht, in deinem E-Mail eine passende Anrede und Grussformel zu schreiben.

Aufgabe 2: Livre ou film?

Auf der Website einer französischen Zeitschrift gibt es einen Blog. Hier tauschen Leserinnen und Leser ihre Meinung zu verschiedenen Themen aus. Dich interessiert die Rubrik zum Thema «Bücher lesen oder Filme schauen». Beschreibe in deinem Blogbeitrag Folgendes:

- Was gefällt dir besser: Bücher lesen oder Filme schauen? Begründe deine Antwort.
- Was für Bücher liest du gerne oder aber welche Art Filme schaust du gerne?
- Hast du ein Lieblingsbuch oder einen Lieblingsfilm? Beschreibe dieses Buch oder diesen Film genauer.

Zur Bewältigung der beiden Schreibaufgaben standen insgesamt 40 Minuten zur Verfügung. Wörterbücher durften nicht verwendet werden. Als Hilfe wurden die folgenden Satzanfänge vorgeschlagen: *D'abord... / Puis ... / Mais ... / Finalement ... / C'est pourquoi ... / Pour moi ...*

Beispiel 1 von Texten und Bewertung:

Aufgabe 1:

Salut Luca
Je ne pris pas de temps pour nous Picknick, desole.
Je vais avec ma famille au france. J'ai des temps au
Lundi, mais nous jouez des volleball, est ce bon?
LG

Aufgabe 2:

Pour moi, J'ador des Film. J'aime de livre, mais les
films éte more interesant au le livre. Ma livré prévé-
ré est percy Jakson, Ma film prevere est Avengers
Endgame. Pour le film: le enemiagnée, est le petit
heros fair une reise de temp.

Punktzahl und Kompetenzstufe:

705 Punkte • Kompetenzstufe VII (701-800 Punkte)

Die Schülerinnen und Schüler können mit sprachlichem Support (z.B. Chunks) einfache Geschichten schreiben. Sie können sich einfache Notizen machen und kurze Mitteilungen verfassen. Sie können mit einfachen Sätzen und Ausdrücken über vertraute Gegenstände und Personen berichten.

Die Schülerinnen und Schüler ...

- können mit sprachlichem Support (z.B. Chunks) einfache Geschichten beginnen oder zu Ende führen.
- können sich einfache Notizen machen und kurze Mitteilungen verfassen (z.B. Sachverhalt, Wegbeschreibung zu Skizze, Einladung).
- können mit einfachen Sätzen und Ausdrücken über vertraute Gegenstände und Personen berichten (z.B. Tagesablauf, Porträt, Aktivität).
- sind teilweise in der Lage, ihre Texte interessant, lustig oder abwechslungsreich zu gestalten.
- verfügen über einen ausreichend breiten Wortschatz, um kurze, einfache Texte zu verfassen.

Beispiel 2 von Texten und Bewertung:

Aufgabe 1:

Mais Luca,
Merci pour Rendez-vous au parc.
J'ai ne Zeit. Nous können aber alle patinge dans 14
heures.
Es-tu einverstanden?
Xoxo

LG

Aufgabe 2:

Je aime films, la fantasy, horror, scfi et action. Je ne
lis pas livre, ausser livre de Harry Potter. Moi aime
film est Spiderman et Harry Potter, on est un action
et fantasy film.

Punktzahl und Kompetenzstufe:

589 Punkte • Kompetenzstufe V (501-600 Punkte):

Die Schülerinnen und Schüler können mit bekannten Wörtern Listen erstellen und Bilder beschriften. Sie können Formulare mit persönlichen Angaben ergänzen und Informationen zur eigenen Person in kurzen, einfachen Sätzen verfassen.

Die Schülerinnen und Schüler ...

- erstellen Listen mit bekannten Wörtern und beschriften Bilder.
- können Formulare mit persönlichen Angaben ergänzen.
- können in kurzen, einfachen Sätzen Informationen über sich selbst geben.

Beispiel 3 von Texten und Bewertung:

Aufgabe 1:

Salut Luca
Merci pour la email. Je ne parle pas français, C'est pourquoi Vous parlons english.
So i'm sorry, but i havn't time at this date. At first thanks for this Invention. We can meat us in a week,

on Sunday, at the Meetingplace, then we can go and Play some football/soccer. Is this good?
Au revoir

Aufgabe 2:

J'aime regarder des films. J'aime le films Harry pottr, Spiderman etc.
Je n'ai pas un film préféré.

Punktzahl und Kompetenzstufe:

670 Punkte • Kompetenzstufe VI (601-700 Punkte)

Die Schülerinnen und Schüler können mit einfachen Worten alltägliche Situationen und Gegenstände beschreiben oder Informationen über sich selbst, vertraute Personen und Sachverhalte verfassen. Sie können einfache Mitteilungen und Fragen formulieren.

Die Schülerinnen und Schüler ...

- erfassen kurze, einfache und teilweise verständliche Texte zu alltäglichen Situationen und Gegenständen (z.B. Farbe, Grösse, Material), zu ihrer eigenen Person sowie zu vertrauten Personen und Sachverhalten (z.B. Familie, Zimmer, Hobby).
- können einfache Mitteilungen und Fragen formulieren (z.B. Einladung, SMS, Notiz).
- schreiben teilweise korrekte, meist unverbundene Sätze.
- verfügen über einen knapp ausreichenden Wortschatz, um erste einfache Texte zu verfassen.

Beispiel 4 von Texten und Bewertung:

Aufgabe 1:

Merci à Rendez-vous au parc.
Je ne pas arrivé weil j'ai famieli-fété.
Tu a arrivé à lundi êt vous allé à la l'école.
Comme tu il?

Aufgabe 2:

Je Film préféré regarde. Weil
Je ne pa ma arm.
Je film préféré à horror êt romantiqu.
Ma aimes e Mondpferd.
To la film ville êt garçong reiten to la cheval. êt une ville arrive hexen.

Punktzahl und Kompetenzstufe:

516 Punkte • Kompetenzstufe V (501-600 Punkte):

Die Schülerinnen und Schüler können mit bekannten Wörtern Listen erstellen und Bilder beschriften. Sie können Formulare mit persönlichen Angaben ergänzen und Informationen zur eigenen Person in kurzen, einfachen Sätzen verfassen.

Die Schülerinnen und Schüler ...

- erstellen Listen mit bekannten Wörtern und beschriften Bilder.
- können Formulare mit persönlichen Angaben ergänzen.
- können in kurzen, einfachen Sätzen Informationen über sich selbst geben.

angebliche «Können» ist bei nüchterner Betrachtung nicht nachweisbar. In einigen Fällen wäre es ehrlicher und zutreffender, die faktische Nichtbewertbarkeit infolge nicht vorhandener sprachlicher Fertigkeiten auch tatsächlich auszuweisen.

Der Schüler oder die Schülerin aus Beispiel 2 erhielt vom IBE für die beiden Kürzesttexte in 12 der 17 Kriterien des Bewertungsrasters (9 wurden für Aufgabe 1 beurteilt, deren 8 für Aufgabe 2) die tiefstmögliche Einstufung und fünf Mal die zweittiefste. Trotzdem reicht das noch immer für ominöse 589 Punkte auf der Skala und sogar fast für die sogenannte Kompetenzstufe VI, die ab 601 Punkten erreicht würde. Kommt hinzu, dass der Rater oder die Raterin des IBE wohl zu den «eher milden» gehört haben dürfte, wenn in Aufgabe 1 eine «teilweise beherrschte Orthographie», in Aufgabe 2 «eine teilweise beherrschte Grammatik» und in beiden Aufgaben «teilweise logisch ausgeführte Gedanken» bescheinigt werden.

Sehr zu hoffen ist, dass nicht aus politischen Gründen die Französisch-Bewertungen quasi «geschönt» werden (müssen). Vor elf Jahren war in den Nordwestschweizer Auftragskantonen der Checks das teure und mit hochfliegenden Versprechungen angetretene Fremdsprachenkonzept «Passepartout» installiert worden. In deutlich zu vielen Fällen jedenfalls sind die im Check S2 gezeigten Kompetenzen nach fünfzehnteil (!) Jahren Französisch-Unterricht erschreckend niedrig.

S

Seitenblick zu den Checks «Hören» und «Lesen»

Dies führt noch zu einer weiteren Feststellung, die sich nur schwerlich erklären lässt: Viele Klassen weisen in den Checks «Hören» und «Lesen» für die Fremdsprachen Englisch und Französisch gemäss Bewertung durch das IBE sehr ähnliche Punktzahlen auf. Das dürfte mit der Wahrnehmung

vieler Fremdsprachen-Lehrpersonen aus dem Unterricht schwer in Einklang bringen zu sein.

Und spricht man die Klassen darauf an, sind auch die Lernenden ganz klar davon überzeugt, dass ihre rezeptiven Fähigkeiten in Englisch deutlich besser seien als in Französisch. Weshalb dies auf der Punkteskala des IBE nicht abgebildet wird, können sich die Jugendlichen nicht erklären. Da keine Texte auf Englisch geschrieben werden mussten, gibt es in diesem Bereich keine Vergleichsmöglichkeit.

T

Tauglichkeit der Profilabgleiche?

Neben den Punktzahlen und den Kompetenzstufen bietet die Check-Auswertung des IBE noch ein weiteres Element: Online können die Lernenden ihre Check-Ergebnisse mit den schulischen Anforderungsprofilen für die berufliche Grundbildung vergleichen. So soll klar werden, für welche Berufslehren die eigenen fachlichen Kompetenzen ausreichend sind und für welche (noch) nicht.

Für den Schüler oder die Schülerin aus Beispiel 1 hätte dies etwa bedeutet, dass er oder sie die schulischen Anforderungen im Französisch für eine Lehre als Kaufmann/-frau EFZ, erweiterte Grundbildung, nur knapp nicht erfüllt, sie andererseits aber für die Lehre als Informatiker/-in EFZ oder Drogist/-in EFZ übertrifft. Der Schüler oder die Schülerin aus Beispiel 2 hätte die schulischen Anforderungen im Französisch für die Lehre als Laborant/-in EFZ, erweiterte Grundbildung, knapp nicht erfüllt, sie jedoch für die Ausbildung als Zeichner/-in EFZ oder Fachmann/-frau Betreuung EFZ erfüllt. Ob diese Aussagen angesichts der doch sehr dünnen Datenlage haltbar sind?

Das IBE legt in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass die Anforderungsprofile nicht etwa vom IBE, sondern vom schweizerischen Gewerbeverband erstellt wer-

den. Das IBE pflegt diese Vorlagen lediglich zum Profilabgleich in die Check-Umgebung ein.

F

Fazit und Schlussfolgerung

Die Ergebnisse der Checks S2 und S3 stellen einen wesentlichen Bestandteil des Abschlusszertifikats der Volksschule in der Nordwestschweiz dar – neben dem Teilzertifikat zur Projektarbeit und ausgewählten Zeugnisnoten des Abschlussjahres der Sekundarschule. Sie sollen gemäss Wording des Projekts dazu dienen, die schulischen Leistungen beim Übergang von der Sekundarstufe I in die Berufsbildung oder in weiterführende Schulen möglichst breit und aussagekräftig einzuschätzen.

Nur schon deshalb sollten die Nordwestschweizer Kantone als Auftraggeber alles dafür tun, die Ausgestaltung und Auswertung der Checks bestmöglich vornehmen zu lassen. Dass diese Zielsetzung aktuell nicht erreicht ist, glauben wir in Gestalt unserer verschiedenen Artikel zur Thematik deutlich aufgezeigt zu haben.

Wer im Duktus der Wissenschaftlichkeit hohe Ansprüche für seine Arbeit reklamiert und diese gegen aussen kommuniziert, muss sich daran messen lassen. Erst recht, wenn er dabei selbst Messungen in Form dreistelliger Punktzahlen vornimmt und ausweist und diesen die Qualität zuschreibt, Auskunft geben zu können über die Passung zwischen Jugendlichen und deren Berufseignungen.

¹ Roger von Wartburg: Durchführung der Checks S2 «Schreiben» – Warum es einheitliche Termine braucht, lvb inform 2021/22-04

² Philipp Loretz: Checks im Realitätscheck – Problemanalyse des LVB nach 5 Jahren Erfahrung, lvb inform 2020/21-04

³ www.check-dein-wissen.ch

Alles, was (nicht) recht ist

Unfreie Lehrmittelfreiheit

von Isabella Oser



Ein deutliches Ja der Stimmbevölkerung

Als am 24. November 2019 knapp 85 Prozent der Baselbieter Stimmberechtigten Ja sagten zum neuen Konzept der geleiteten Lehrmittelfreiheit, war dies ein Freudentag für die LVB-Geschäftsleitung. Sie war es nämlich gewesen, die im August 2018 Bildungsdirektorin Monica Gschwind vor dem Hintergrund der festgefahrenen Situation um die Fremdsprachen-Lehrmittel die Idee eines Wahlsystems mit mehreren Lehrmitteln pro Fach vorgestellt hatte.

Der Kanton Basel-Landschaft übernahm durch diesen Entscheid eine Pionierrolle im Umgang mit Lehrmitteln. Andere Kantone haben sich seither in ähnliche Richtungen bewegt.

Rasche Umsetzung des Paradigmenwechsels

Die bereits per 1. Januar 2020 umgesetzte Lehrmittelfreiheit führte zu einem tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Seither können Lehrerinnen und Lehrer individuell bestimmen, welche Lehrmittel aus der kantonalen Lehrmittelliste sie einsetzen. Gemäss Lehrmittelkonzept soll den Lehrkräften ein methodisch-didaktisch vielfältiges Angebot an Lehrmitteln in allen Fächern zur Auswahl gestellt werden, wovon man sich auch eine Stärkung der berufsfachlichen Verantwortlichkeit der Lehrpersonen verspricht.

Seither ist die Lehrmittelliste in erfreulichem Masse gewachsen. Der Grad der Verbindlichkeit, der sogenannte Lehrmittelstatus, regelt, ob ein Lehrmittel obligatorisch (o) und somit unterrichtsleitend oder empfohlen fakultativ (e) im Unterricht verwendet werden soll. Obligatorische Lehrmittel haben eine stärkere Verbindlichkeit. Neue Lehrmittel werden von der Lehrmittelkommission ausgewählt und dem Bildungsrat vorgeschlagen. Dieser prüft die Vorschläge und nimmt sie nach positivem Entscheid in die Lehrmittelliste auf. Darüber hinaus kann jede Lehrperson in Eigen-

initiative Lehrmittel zur Prüfung bei der Lehrmittelkommission beantragen.

Unschöne Meldungen von Mitgliedern

Man könnte daher grundsätzlich durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen, wenn es um die geleitete Lehrmittelfreiheit an der Volksschule des Kantons Basel-Landschaft geht. Allerdings haben sich bereits mehrfach Mitglieder mit der Beschwerde an den LVB gewandt, ihnen werde an ihrer jeweiligen Schule die Wahl der Lehrmittel nicht zugestanden.

Hierbei sind zwei Szenarien zu unterscheiden: Einerseits geben Mitglieder an, ihre Schulleitungen hätten die Fachschaften angewiesen, sich für jeweils *ein* Lehrmittel pro Fach zu entscheiden; andererseits wurde aber auch schon darüber geklagt, dass Fachschaften ihrerseits einzelne Lehrpersonen dazu nötigen wollten, sich der vorherrschenden Fachschaftsmeinung anzuschliessen und dasselbe Lehrmittel zu verwenden wie die anderen Lehrpersonen.

Die rechtliche Lage ist klar

Aus juristischer Sicht verstossen beide Vorgehensweisen gegen die Absicht und den Inhalt der Vorlage, über die am 24. November 2019 abgestimmt wurde. Denn deren Aussage war unmissverständlich: Die Verantwortung für die Wahl der Lehrmittel aus der geprüften Lehrmittelliste wurde neu *der einzelnen Lehrperson* übertragen, abgestimmt auf ihre persönlichen Präferenzen und ihre Einschätzung der von ihr unterrichteten Klasse(n). Die inhaltliche Klammer wird durch die Ziele des Lehrplans sichergestellt.

Versuche, Lehrpersonen einer Schule zu einem einheitlichen Vorgehen drängen oder gar zwingen zu wollen, sind daher inakzeptabel. Sollten sich weitere Mitglieder in dieser Hinsicht eingeschränkt fühlen, können sie sich jederzeit an mich wenden.

Lichtblick Bäumig

von Roger von Wartburg

Der abgebildete Baum befindet sich entlang eines Weges inmitten jenes Naherholungsgebiets, in dessen unmittelbarer Nähe ich wohne. Hunderte Male mag ich unachtsam daran vorbeigegangen sein, bis mich eines Tages bei diesem Anblick unvermittelt der Eindruck ereilte, besagter Baum berge eine pädagogische Weisheit in sich.

Obwohl das Wurzelwerk sich dem Betrachter nämlich ausgesprochen schräg präsentiert, ist dennoch ein aufrechter und starker Baum daraus erwachsen. Auch aus einem scheelen Fundament vermag folglich etwas Solides und Beständiges zu entstehen. Dies sollten wir Lehrerinnen und Lehrer niemals vergessen, wenn wir auf Kinder und Jugendliche treffen, denen das Glück stabiler Wurzeln versagt geblieben ist.

Darüber hinaus hat der grosse Gotthold Ephraim Lessing seinen Nathan den Weisen schon Ende des 18. Jahrhunderts alles über die menschliche Natur sagen lassen, was sich in eine «bäumige» Metapher packen lässt:

*Der grosse Mann braucht überall viel Boden;
Und mehrere, zu nah gepflanzt, zerschlagen
Sich nur die Äste. Mittelgut, wie wir,
Find't sich hingegen überall in Menge.
Nur muss der eine nicht den andern mäkeln.
Nur muss der Knorr den Knuppen hübsch vertragen.
Nur muss ein Gipfelchen sich nicht vermessen,
Dass es allein der Erde nicht entschossen.*





Was ist besser als rechtzeitig anzukommen?

Mit 28 Zurich Help Points und 250 Partnergaragen bringt Sie unsere Autoversicherung immer sicher und schnell ans Ziel.

LCH LVB-Mitglieder profitieren von **10% Spezialrabatt.**

Prämie berechnen:



zurich.ch/partner
Zugangscode: YanZmy2f



Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliches Handeln ist für uns selbstverständlich – schliesslich gehörten Gewerkschaften und Genossenschaften zu unseren Gründern. LCH und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/lch

LCH-Spezial:
10% Bonus
auf Einzahlungen
in die Anlagelösung
Nachhaltig*

*Die Bank Cler schenkt Ihnen als LCH-Mitglied 10% Bonus auf Ihre Einzahlungen in die Anlagelösung, die 10000 CHF übersteigen. Bis maximal 500 CHF pro Jahr. Dieses Angebot gilt in den ersten beiden Jahren, nachdem die Bank Cler Sie als Mitglied erfasst hat. cler.ch/lch

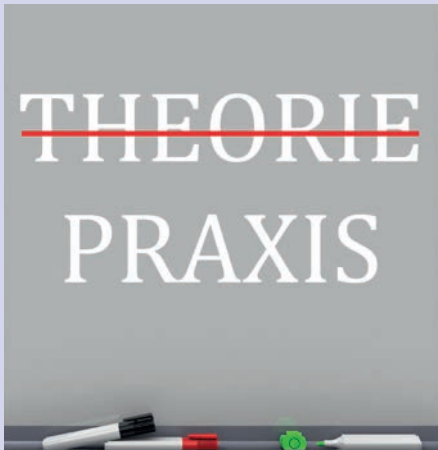
Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und die Wesentlichen Anlegerinformationen. Sie können diese kostenlos auf unserer Webseite unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Dem Lehrpersonenmangel auf der Spur Interview mit einer jungen Aussteigerin



© beermedia – stock.adobe.com



© kegfire – stock.adobe.com



© japhoto – stock.adobe.com

Sie haben an der PH FHNW studiert und parallel dazu drei Jahre Erfahrungen mit Unterricht auf der Sekundarstufe I gesammelt. Nun haben Sie sich dazu entschlossen, das Studium abzubrechen und eine andere berufliche Herausforderung anzunehmen. Was war ausschlaggebend für diesen Schritt?

Dafür gab es verschiedene Gründe. Der Lehrberuf hat zwar sehr schöne Seiten, schlussendlich haben für mich aber die Rahmenbedingungen nicht gestimmt. Und ich konnte mir nicht mehr vorstellen, weitere Jahre an der PH FHNW zu verbringen. Gleichzeitig habe ich eine Stelle ausserhalb des Schulbereichs gefunden, die für mich weitaus attraktiver war. Das hat mir die Entscheidung sehr leicht gemacht.

Welche Erlebnisse und Eindrücke aus dem Schulbetrieb haben Sie zu der Erkenntnis gebracht, dass Sie diese Arbeit nicht dauerhaft ausüben möchten?

Beispielsweise wurde ich von Eltern und Schülern bedroht und habe dazu keine angemessene Unterstützung von Vorgesetzten erhalten. Des Weiteren gab es von Schülern und auch Vätern wiederholt frauenfeindliche Äusserungen mir gegenüber. Gerade auf der Sekundarstufe mit pubertierenden Jugendlichen braucht es klare Regeln – und diese sollten von der ganzen Schule mitgetragen werden.

In meinen Klassen waren mehr als die Hälfte der Schüler*innen verhaltensauffällig – Diagnosen von ADHS bis ASS. Ich wurde teilweise von der Schulleitung nicht darüber aufgeklärt und sinnvolle Massnahmen für die Jugendlichen wurden nicht unterstützt.

Hätten Sie sich von Seiten der Arbeitgeber mehr Unterstützung oder andere Voraussetzungen erhofft und, falls ja, in welcher Form?

Ich hätte mir mehr Rückendeckung von der Schulleitung bezüglich Elternarbeit und eine offene Kommunikation gewünscht. Auch die Zusammenarbeit an der Schule wurde kaum gefördert. Die Schulleitung war – nicht zuletzt auch wegen Corona – völlig überlastet. Wer ein Gespräch mit ihr wünschte, musste teilweise mehr als zwei Wochen warten.

Zudem ist es unfair gegenüber jungen Lehrpersonen, sie noch während des Studiums allein als Klassenlehrperson im Leistungszug A einzustellen. Es wäre viel sinnvoller, die Klassenlehrfunktion hier auf zwei Personen aufzuteilen. Sinnvoll wäre sicher auch ein Coaching, das von einer erfahrenen Lehrperson übernommen wird.

Den Studiengängen an der PH FHNW wird in den Medien immer wieder vorgeworfen, sie seien zu theoretisch und viele Dozierende verfügten über zu wenig oder gar keine Praxiserfahrung. Wie haben Sie das wahrgenommen?

Viele Dozierende gestalten ihren Unterricht tatsächlich sehr theorielastig und haben kaum Erfahrung im Klassenzimmer – und wenn, dann oft nicht auf der Zielstufe. Auch bei den Erziehungswissenschaften wäre es sehr sinnvoll, Personen mit Praxiserfahrung unterrichten zu lassen.

Und wie haben Sie die Praktika im Rahmen Ihres Studiums erlebt?

Ich denke, grundsätzlich sind Praktika sehr sinnvoll – wenn auch nicht ganz ideal umgesetzt. Neben den unzähligen Detailplanungen, den schriftlichen Portfolios und der Projektarbeit wird das Unterrichten nebensächlich. Auch wenn es sicherlich tolle Praxislehrpersonen gibt, war bei vielen der Unterrichtsstil veraltet und stand in einem Wi-

«Viele Dozierende gestalten ihren Unterricht tatsächlich sehr theorielastig und haben kaum Erfahrung im Klassenzimmer – und wenn, dann oft nicht auf der Zielstufe. Auch bei den Erziehungswissenschaften wäre es sehr sinnvoll, Personen mit Praxiserfahrung unterrichten zu lassen.»

derspruch zum Lehrplan und dem aktuellen Stand der Fachdidaktiken.

Die Studierenden wurden teilweise als Kopier- und IT-Hilfe beziehungsweise als gratis Stellvertretungen eingesetzt. Ich denke, da gibt es insgesamt Verbesserungsbedarf. Praxislehrpersonen sollten regelmässig überprüft und die Bedingungen attraktiver gestaltet werden, damit sich mehr Lehrpersonen für diese Tätigkeit melden.

Welche Aspekte der bestehenden Ausbildung an der PH FHNW würden Sie gerne ändern und in welcher Form?

Ich denke, der Inhalt und der Aufbau sollten überdacht und mehr an den Schulalltag angepasst werden. Dozierende sprechen sich untereinander kaum ab – weder innerhalb des Fachs noch fächerübergreifend. Um Wiederholungen zu vermeiden, wäre eine allgemeine Didaktik sinnvoll, fachspezifische Didaktikkurse können dann darauf aufbauen.

Momentan werden Studierende mit dem Inhalt der PH nicht intellektuell gefordert, sondern beschäftigt. Mit der Anwesenheitspflicht, an der die Leitung festhält, kann man schlechten Dozierenden nicht aus dem Weg gehen. Der Inhalt der Ausbildung muss sich dringend mehr an den aktuellen Problemen und Konflikten (zum Beispiel auch Elternarbeit) an Schulen orientieren, damit Studierende besser auf den Schullalltag vorbereitet werden.

Der Lehrpersonenmangel ist in aller Munde. Lehrpersonen werden dringend gebraucht und gesucht. Wie könnte man die Ausbildung anpassen, um dem entgegenzuwirken?

Ich könnte mir vorstellen, dass das dritte Jahr des Bachelorstudiums ein reines (bezahltes) Praxisjahr mit Anstellung wird, in dem mit regelmässigem Coaching bereits unterrichtet wird. Denkbar wäre vielleicht eine berufsbegleitende

de Variante auch für Studierende, die noch nicht 30 Jahre alt sind. So könnte das Studium besser auf Berufstätige abgestimmt und gleichzeitig Erfahrung gesammelt werden.

Vielleicht sollte auch überdacht werden, welchen Mehrwert der Masterstudiengang wirklich bringt. Aktuell muss man im Master nur ein bis zwei Fächer vertiefen, erhält aber in allen drei Studienfächern eine Lehrberechtigung. Das ist ein Widerspruch in sich.

Was müsste sich auf der schulischen Ebene ändern?

Auf der Ebene Schule müsste insbesondere das Pensum für Klassenlehrpersonen angepasst werden, zumindest im Leistungszug A. Eine Wochenlektion als Entlastung ist eine Illusion. Zudem wäre eine Erhöhung der Pensen von Schulleitungen sowohl für die Schulleitung selbst als auch Lehrpersonen eine Entlastung. Im Leistungszug A inklusive Kleinklassen sollten genügend Ressourcen für Sonderpädagogik vorhanden sein, um Lehrpersonen zu entlasten.

Sie arbeiten mittlerweile in einem anderen Bereich. Wie geht es Ihnen dabei?

Sehr gut. Die Rahmenbedingungen stimmen und ich habe nach der Arbeit immer noch genügend Energie für Familie und Freizeit.

Können Sie sich vorstellen, zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht doch in den Lehrberuf zurückzukehren?

Ja, vielleicht. Aber ich würde sicher nicht mehr parallel zum Studium als Klassenlehrperson arbeiten. Und ich würde den Master an einer anderen Fachhochschule absolvieren. Vielleicht ändert sich ja auch auf bildungspolitischer Ebene bis dahin etwas.

Der Name der Aussteigerin ist der Redaktion bekannt.

Dem Lehrpersonenmangel auf der Spur Interview mit einer erfahrenen Aussteigerin



© rdnzl – stock.adobe.com



© Rawpixel.com – stock.adobe.com



© Ricardo Ferrando – stock.adobe.com

Sie haben über 30 Jahre unterrichtet, sich aber nun dazu entschlossen, den Lehrberuf vorübergehend oder sogar für immer an den Nagel zu hängen. Was war ausschlaggebend für diesen Schritt?

Dieser Schritt respektive diese Entscheidung ist nicht von heute auf morgen entstanden, sondern langsam über viele Jahre gewachsen. Immer wieder hatte ich das Gefühl, nicht mehr am richtigen Ort zu sein, dass die geforderten Veränderungen nicht meinen Werten und Vorstellungen des Berufes Lehrerin entsprechen; ich begann das System Schule immer öfter zu hinterfragen.

So fühle ich mich schon lange innerlich zerrissen: die Liebe zu den Kindern und zum Unterrichten im Gegensatz zum ganzen administrativen Aufwand und den Anforderungen als Klassenlehrperson. Ich habe gemerkt, dass mir das System Schule nicht mehr gut tut und ich mich zu meinem Schutz aus dem Schulbetrieb zurückziehen muss, auch wenn Lehrerin sein meine Passion ist.

Welche Erlebnisse und Eindrücke aus dem Schulbetrieb haben Sie dazu gebracht, Ihre berufliche Situation neu zu überdenken?

Nachdem ich viele Jahre als Fachlehrperson unterrichtet hatte, kehrte ich vor 8 Jahren als Klassenlehrperson im Jobsharing zurück. Ich freute mich sehr, wieder für eine Klasse verantwortlich zu sein. Bald schon realisierte ich jedoch, dass die Unterrichtstätigkeit, das Kerngeschäft, viel mehr in den Hintergrund gerückt ist. Viel, ja zu viel Zeit nimmt die ganze Administration in Anspruch: Finanzabrechnungen, Gesamtkonvente, Zykluskonvente, Schulhauskonvente, Absprachen im pädagogischen Team, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Ämtelein, Elternkontakte usw. Die Aufzählung ist erweiterbar.

Trotz meiner langjährigen Erfahrung hat die Unterrichtsvorbereitung für mich oberste Priorität, gerade auch infolge der meist herausfordernden Klassenkonstellationen ist sie unabdingbar. All diese Herausforderungen zu meiner Zufriedenheit ausführen zu können, führen unweigerlich zu Überstunden, die in keiner Weise je abgegolten werden. Ausserdem setzt mir das Ungleichgewicht zwischen der hohen Belastung während den Unterrichtswochen und der unterrichtsfreien Zeit immer mehr zu, sicher auch altersbedingt.

Weiter fühle ich mich durch die vielen involvierten Fachlehrpersonen (DaZ, Förderlehrpersonen, ISF, Logopädie) in meiner Unterrichtstätigkeit eingeschränkt. Spontane Änderungen oder Ausflüge sind nicht möglich oder mit grossem Aufwand verbunden. Eine gewisse Freiheit und Autonomie fehlt mir, ich fühle mich immer mehr eingeengt.

Hätten Sie sich von Seiten Ihrer Schule mehr Unterstützung erhofft und, falls ja, in welcher Form?

Im Team fühle ich mich grösstenteils gut unterstützt und getragen. Das positive Umfeld, die persönlichen und wertschätzenden Gespräche sind sehr bereichernd – etwas, das ich sicher vermissen werde.

Von der Schulleitung hätte ich mir vor allem bei verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern mehr Unterstützung gewünscht. Ich fühlte mich nicht immer ernst genommen. Es ist mir dabei aber sehr wohl bewusst, dass auch die Schulleitungen einen sehr eingeschränkten Handlungsspielraum und wenige Ressourcen haben.

Mit Ihrer grossen Erfahrung können Sie eine lange Zeitspanne überblicken, in denen sich die Schule gewandelt hat. Welche Veränderungen stufen Sie als

«Als einschneidende Veränderung stupe ich ganz klar die Einführung der integrativen Schulung sowie die Abschaffung der Einführungsklassen ein. Nicht die Idee an und für sich ist schlecht, sondern die Umsetzung. Es ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Ressourcen allen Schülerinnen und Schülern ansatzweise gerecht zu werden.»

einschneidend ein und wie beurteilen Sie die Schule 2022 im Vergleich zur Schule von 1992?

Als einschneidende Veränderung stupe ich ganz klar die Einführung der integrativen Schulung sowie die Abschaffung der Einführungsklassen ein. Nicht die Idee an und für sich ist schlecht, sondern die Umsetzung. Es ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Ressourcen allen Schülerinnen und Schülern ansatzweise gerecht zu werden. In den meist sehr heterogenen Klassen mit teilweise mehreren verhaltensauffälligen Kindern ist für mich ein zufriedenstellender Unterricht nicht mehr möglich. Viel Entlastung würde eine zweite Person (Lehrperson, Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin, Praktikant/Praktikantin etc.) im Schulzimmer bringen.

Zahlreiche Kinder brauchen viel Zuwendung und Aufmerksamkeit, auch hat sich unsere Aufgabe in vielen Bereichen vom Lehren zum Erziehen verschoben. Als letztes Glied in der Kette sind die Kinder, unsere Schülerinnen und Schüler, das Abbild der Eltern, unserer Gesellschaft, der Politik und Wirtschaft, die mit Erwartungen, Druck und vielleicht auch Verunsicherung umgehen müssen.

Ich erlebe den Schulalltag viel schnelllebiger und unruhiger als früher. Es gibt wohl kein Thema, das nicht irgendwann im Laufe der Schulkarriere behandelt werden muss. Unglaublich viele Fächer, Sprachen und Themen sind dazu gekommen. Dabei bräuchte es meiner Meinung nach viel mehr Musse, Zeit und Konstanz sowie eine gute Mischung aus Kopf, Herz und Hand!

Der Lehrpersonenmangel ist in aller Munde. Lehrerinnen und Lehrer werden dringend gebraucht und gesucht. Was müsste sich aus Ihrer Sicht verändern, damit mehr Lehrpersonen dem Beruf dauerhaft treu bleiben?

Aus meiner Sicht sollten unbedingt die Aufgaben der Klassenlehrpersonen reduziert werden: Mehr Stundenentlastung und nach Möglichkeit eine Ausdünnung der administrativen Arbeiten auf ein Minimum.

Eine hilfreiche Unterstützung fände ich z.B. ein Mentoring während des ersten Jahres durch eine Lehrperson, die ausschliesslich für die Unterstützung und Betreuung einer neu eintretenden Lehrperson zuständig ist und nicht selber auch eine Klasse betreut.

Ein Jahr lag zu zweit zu unterrichten könnte eine enorme Entlastung sein. Diese Idee finde ich generell für alle Klassen sinnvoll, egal ob für Berufseinsteiger/-innen oder erfahrene Lehrpersonen.

Können Sie sich vorstellen, einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzugehen und, falls ja, welcher?

Natürlich werde ich in irgendeiner Form weiter eine berufliche Tätigkeit ausüben. Meine Stärke in der Beziehungsarbeit möchte ich unbedingt weiter nutzen; mit oder für Menschen zu arbeiten bedeutet mir viel.

Ich könnte mir vorstellen, Deutsch für Erwachsene zu unterrichten oder im Coaching tätig zu werden. Ich wünsche mir eine Tätigkeit, die mich nicht belastet und bei der ich mich besser abgrenzen kann. Ich bin offen für Neues!

Der Name der Aussteigerin ist der Redaktion bekannt.

Perle 3: Maturität – Reformen ohne Not

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: René Roca, Historiker und Gymnasiallehrer

Wann: 31. August 2022

Praktisch geräuschlos läuft im Moment eine Vernehmlassung im Rahmen der sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM). In einem ersten Schritt geht es um die Reform des Maturitätsanerkennungs-Reglements; ein weiterer Reformschritt wird in einem Jahr folgen, wenn es um einen neuen gesamtschweizerischen Rahmenlehrplan (RLP) gehen wird, wofür lediglich noch eine «Anhörung» geplant ist. Die massgebenden Akteure, das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), begründen die Reformschritte damit, dass sich «das schweizerische Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert» habe.

Das ist durchaus der Fall. In diesem Kontext wird explizit auf das HarmoS-Konkordat, auf die neuen sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schule (u.a. Lehrplan 21) und auf den Bologna-Prozess an den Hochschulen verwiesen. Als «letzter Baustein» muss nun noch die Sekundarstufe II, also neben den Berufsschulen und dem KV auch die Maturitätsschulen, ins neue System «eingepasst» werden. Diese Einpassung, so WBF und EDK, sei nötig, da sich die Grundlage der gymnasialen Ausbildung seit der letzten Reform von 1995 kaum weiterentwickelt habe. Zudem werden «Megatrends» wie die Globalisierung und Digitalisierung als Rechtfertigung für die WEGM angeführt, um Reformkritiker gleich vorweg als Ewiggestrige abzukanzeln.

Die WEGM erfolgt zu einem Zeitpunkt, der die gravierenden Mängel der erwähnten Reformen deutlich vor Augen führt und deshalb immer mehr Kritiker auf den Plan ruft. In den letzten 25 Jahren gab es immer wieder sinnvolle Teilrevisionen des Maturitätsanerkennungs-Reglements (MAR) – zum Beispiel die Einführung von Informatik als obligatorisches Fach. Eine grundlegende Reform ist absolut nicht zwingend, die Reform erfolgt also ohne Not.

Die Schweizer Maturität hat weltweit noch einen sehr guten Ruf. Wieso werden die Reformen trotzdem durchgezogen? Insgesamt unterwirft sich die WEGM unkritisch den genannten «Megatrends», um eine Internationalisierung der Bildung zu erreichen. Sie ist letztlich eine blosser Anpassung an das bereits gescheiterte angelsächsische Modell, das den Fokus nur noch auf Kompetenzen legt und den Bildungs- und Wissensbegriff weiter entleert. So wird die Ausrichtung auf Kompetenzen im MAR erstmals erwähnt und initialisiert; für den

neuen, völlig überfrachteten RLP sind Kompetenzen schlicht die Grundlage. Wohin führt das? Entscheidend für ein Gelingen des Bildungsprozesses ist die zentrale Rolle der Lehrperson; diese wird aber mit den Reformen weiter geschwächt.

Zweifellos führen diese auch zu mehr Kontrolle und Steuerung, also zu mehr Gängelung von oben und einer Vertiefung der Top-down-Strategie. Das ist gut für die Bildungsbürokratie des Bundes und der Kantone, aber schlecht für die

Lehrpersonen. Die nächsten Reformschritte, so etwa die grundsätzliche Infragestellung des Fächerkanons (ähnlich wie bei der KV-Reform), sind schon in der Pipeline. Die Reform läuft nach einem bewährten Strickmuster ab: Ein überbissenes Reformpaket wird durch kurzfristig terminierte «Konsultationen» und eine Vernehmlassung gejagt.

Das Paket wird dann etwas abgespeckt, der Rest wird aber durchgedrückt, ein letztlich intransparentes und undemokratisches Verfahren.

Was tun? Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der «prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen», erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der «Bologna-Prozess» an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden. Die alleinige Fixierung auf letztlich ideologisch motivierte «Kompetenzen» ist zu revidieren, und Lernziele sind wieder mit einem vernünftigen Wissensbegriff klarer zu fassen. Nur so kann ein humanistischer Bildungsbegriff zurückgewonnen werden, der die Qualität der Gymnasien langfristig sichert und die kontinuierliche Niveausenkung stoppt. Zudem würde so auch das zweite Ziel der gymnasialen Maturität, die «vertiefte Gesellschaftsreife», wieder in greifbarere Nähe rücken.

Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen, erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der Bologna-Prozess an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden.



«Digitale Dienstleistungen sparen uns Zeit und Geld»

erschienen in «Bildung Schweiz», 30. August 2022



In der ersten Oktoberhälfte erscheint die Versicherungspolice für 2023 – per Post oder elektronisch via Online-Kundenportal. Die digitalen Dienstleistungen werden immer beliebter.

Roland Lüthi ist Leiter Vertrieb und Marketing Privatkunden beim Kranken- und Unfallversicherer Visana. Er erklärt im Interview, wie die Visana-Kundinnen und -Kunden vom Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Services profitieren, und warum sich Schritte- und Kalorienzählen buchstäblich auszahlt.

Digitale Services haben durch die Pandemie einen grossen Schub erhalten. Ist dies ein nachhaltiger Trend?

Davon sind wir überzeugt und wir nutzen diesen Trend, um unseren Kundinnen und Kunden auch digital den besten Service bieten zu können. Viele Gewohnheiten haben sich in den letzten zwei Jahren geändert. Digitale Dienstleistungen sparen uns Zeit und Geld. Sie geben uns aber auch mehr Sicherheit bei gesundheitlichen Fragen. Darum erweitern wir unser Online-Angebot weiter.

In welchem Bereich?

Beispielsweise bei der telemedizinischen Beratung. Das Bedürfnis, sich bei medizinischen Fragen rasch und unkompliziert per Telefon oder WhatsApp-Chat durch eine Fachperson beraten zu lassen, wächst weiter. Das geht so: Via Visana-App haben Sie Zugang zu Well, einer innovativen Gesundheitsplattform, wo Sie rund um die Uhr, kostenlos und weltweit auf den Doctor Chat zugreifen können.

Warum ist eine persönliche Beratung so wichtig?

Entscheidend für Sie als Kundin oder Kunde ist, dass wir Sie massgeschneidert versichern können. Also dass Sie

das richtige Grundversicherungsmodell, die Franchise und die Zusatzversicherungen haben, die Sie entsprechend Ihren individuellen Bedürfnissen wirklich benötigen. Diese Wünsche punktgenau abzuholen, klappt erfahrungsgemäss am besten bei einem persönlichen Gespräch. Ob das per Video, Telefon, bei Ihnen daheim oder bei uns auf der Agentur ist, bestimmen Sie.

Stichwort Portemonnaie: Können Sie schon etwas zu den Krankenkassenprämien für 2023 sagen?

Die Prämien bei der Grundversicherung müssen erst durch die Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für Gesundheit (BAG), genehmigt werden. Darum dürfen die Krankenversicherer heute noch keine konkreten Zahlen kommunizieren. Ich verrate aber bestimmt kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Gesundheitskosten in

Vorteilhafte Prämienrabatte

Seit über 25 Jahren pflegen Visana und der LCH im Bereich Krankenversicherungen eine erfolgreiche Partnerschaft. Sie sparen dadurch jedes Jahr spürbar bei den Versicherungsprämien, denn Sie und alle Mitglieder Ihres Haushalts erhalten:

- **5 Prozent Kollektivrabatt auf die Spitalzusatzversicherung**
- **20 Prozent Gesundheitsrabatt auf die Spitalzusatzversicherung**
- **einen Coop-Gutschein im Wert von 30 Franken für eine Offerte oder einen Beratungstermin**

Zudem verlosen wir exklusiv für LCH-Mitglieder eine Kurzreise mit dem Glacier-Express für zwei Personen (zwei Tage/ eine Nacht) im Wert von 770 Franken. Erfahren Sie mehr dazu auf www.visana.ch/kollektiv/lch oder telefonisch unter der Nummer 0848 848 899.

der Schweiz weiter steigen und wir diesen Herbst mit einer Prämien-erhöhung rechnen müssen. Um wie viel die Prämien für den Einzelnen steigen, fällt ganz individuell aus, je nach Alter, Kanton und gewähltem Versicherungsmodell.

Wie viel Schuld daran trägt die Corona-Pandemie?

Sie ist nicht der Hauptgrund. Wir stellen aber fest, dass während der Corona-Pandemie viele Operationen verschoben wurden und es darum zu einem gewissen Nachholeffekt gekommen ist, der die Gesundheitsausgaben zusätzlich erhöht. Schuld an den höheren Prämien sind jedoch vor allem die schweizweit gestiegenen Kosten im Gesundheitswesen, also

jene für Behandlungen und Medikamente.

Und wie sieht es bei den Zusatzversicherungen aus?

Sie erfreuen sich grosser Beliebtheit, denn sie schliessen Lücken bei der Grundversicherung – ganz nach Ihren individuellen Wünschen. Es freut uns sehr, dass unsere Zusatzversicherungen bei unabhängigen Vergleichen stets sehr gut bewertet werden. Was die Prämien betrifft: Bei einigen Produkten kommt es auf nächstes Jahr – auch hier vorbehaltlich Genehmigung durch die Behörden – zu Anpassungen. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir den Versicherten bei Visana auch für 2023 ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis bieten können.

Verraten Sie uns Ihren besten Tipp zum Thema Krankenversicherung.

Ziehen Sie frühzeitig eine Fachperson zu Rate, und schauen Sie, dass Sie wirklich die Versicherungsdeckung haben, die optimal zu Ihnen und Ihren Liebsten passt. Das Thema Krankenkasse ist komplex, das ist so. Deshalb lohnt sich eine individuelle Beratung durch meine Kolleginnen und Kollegen. Und das Gute daran ist: Die Beratung bei Visana – sei es per Video, am Telefon, bei Ihnen zu Hause oder in einer unserer Agenturen – ist kostenlos. Nutzen Sie unser Angebot!



Jetzt gewinnen:
Glacier Express
Kurzreise im Wert
von CHF 770.–

Wir sind Partner.

Profitieren Sie von 5% Prozent Kollektivrabatt auf die Spitalzusatzversicherung. Auch Mitglieder des LCH, die nicht bei Visana versichert sind, können von der Partnerschaft profitieren: Jetzt am Wettbewerb teilnehmen und mit etwas Glück eine **Glacier Express Kurzreise für 2 Personen (2 Tage / 1 Nacht) im Wert von CHF 770.– gewinnen.**

Jetzt QR-Code scannen und gewinnen:
www.visana.ch/kollektiv/lch



Wir verstehen uns.

visana

Weiterentwicklung der gymnasialen Matur (WEGM)

Eine Stellungnahme aus Sicht des GBL

von Maja Ruef und Andrea Seehuber im Namen des GBL-Vorstandes

Die «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» ist im Wesentlichen eine bildungspolitische Reform. Der GBL fungiert in erster Linie als gewerkschaftliches Organ der Gymnasiallehrkräfte des Kantons. Spielt er also in diesem Prozess überhaupt eine Rolle? – Ja, das tut er.

Worum geht es?

Das Projekt einer gesamtschweizerischen «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» wurde 2018 von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in Auftrag gegeben. Dies vor dem Hintergrund einer sich rasant wandelnden Gesellschaft und der Tatsache, dass die rechtlichen Grundlagen für die gymnasiale Maturität aus dem Jahr 1995 stammen¹. Eine Anpassung derselben an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ist daher unbestritten vonnöten.

Ebenso nachvollziehbar sind die grundlegenden Entwicklungsziele: «Die anerkannte Qualität der gymnasialen Maturität weiterhin schweizweit und auf lange Sicht zu sichern und den prüfungsfreien Zugang zur Universität mit gymnasialer Matur langfristig sicherzustellen»². Dazu soll die schweizweite Vergleichbarkeit der Maturitätslehrgänge in ihren Inhalten und Anforderungen erhöht werden, damit alle Maturand:innen in der Schweiz die «Allgemeine Studierfähigkeit» sowie eine «vertiefte Gesellschaftsreife» erlangen können. Im Zentrum der aktuellen Reform stehen deshalb zum einen die gesetzlichen Grundlagen, das Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) und die Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), zum anderen die schweizerischen Rahmenlehrpläne (RLP). Eine handverlesene Koordinationsgruppe erhielt von EDK und WBF den Auftrag, eine Standortbestimmung der gymnasialen Maturität vorzunehmen, auf dieser Grundlage den Reformbedarf zu analysieren und konkrete Reformvorschläge auszuarbeiten.

Nachdem im Frühling 2021 die Vorschläge der Projektgruppe für die beiden Vorlagen (MAR/MAV und RLP) erstmals zur internen Konsultation freigegeben wurden und teilweise äusserst kontroverse Reaktionen bei betroffenen Lehrpersonen und Verbänden auslöste, liegt nun seit Mai 2022 der revidierte Entwurf des neuen MAR/MAV vor – deutlich vereinfacht im Vergleich zu den ersten Vorschlägen, und entschieden weniger kühn.³ Einige der grössten Befürchtungen, die viele nach dem Entwurf von 2021 ge-

hegt hatten, sind nicht eingetroffen: Die Vorlage fordert keine Ausweitung der Fächeranzahl auf 17-19 im Grundlagenbereich ein und auch keine völlige Beliebigkeit bei der Wahl der Schwerpunktfächer. Auch das von vielen äusserst skeptisch betrachtete «2+2-Modell», nach dem der Maturlehrgang in eine breit gefächerte Grundlagenstufe und eine Vertiefungsstufe mit engerer Fächerauswahl aufgeteilt werden soll, wird nicht schweizweit umgesetzt.⁴

Die Vorlage enthält im Gegenteil etliches, das von vielen Seiten begrüsst wird – zum Beispiel

- neue mögliche Schwerpunktfächer wie Sport, Geschichte und Geografie oder Informatik;
- verstärkte Anbindungen an Sek I und Universitäten (abgebende bzw. aufnehmende Institutionen);
- die gesetzliche Verankerung von Interdisziplinarität und transversalen Themen wie Politische Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung; sowie
- die potenzielle Aufwertung der Maturarbeit als wissenschaftlicher Lernprozess durch die stärkere Gewichtung von Arbeitsprozess und wissenschaftspropädeutischen Anteilen in der Bewertung.

Die «WEGM» - ein Geschäft für den GBL?

Die «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» ist im Wesentlichen eine bildungspolitische Reform. Im Kanton Basel-Landschaft werden die Anliegen der «Basis», also der gymnasialen Lehrerkollegien, hauptsächlich durch die «Konferenz der Gymnasiallehrer:innen» (GLK) vertreten und über die Dienststellenleitung an die Kantonsregierung herangetragen. Der GBL dagegen nimmt sich vor allem der gewerkschaftspolitischen Anliegen der Gymnasiallehrer:innen an. Spielt er in diesem Prozess überhaupt eine Rolle? Und wenn ja: welche?

Die Antwort: Ja, das tut er, in zweifacher Hinsicht, weshalb wir hier gerne zur aktuellen Maturitätsrevision Stellung nehmen wollen:

1. Neue Bildungsziele, Neuausrichtungen von Fächern und Veränderungen von deren Inhalten können sich direkt auf die Stundendotation einzelner Fächer oder gar die Durchführbarkeit von Kursen und Unterrichtspro-



Die Einschätzungen des GBL weichen in einigen Punkten deutlich von der Haltung des VSG ab.

jekten, auf die Organisationsstrukturen oder die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Schulen auswirken – und somit auf die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der betroffenen Lehrpersonen.

2. In der Koordinationsgruppe des Projekts werden die Interessen der Lehrpersonen durch das Präsidium des VSG (Verein schweizerischer Gymnasiallehrpersonen) vertreten. Der Kanton Basel-Landschaft wird im VSG durch den GBL vertreten: Wir können also die Positionen des VSG zur WEGM – in bescheidenem Mass – mitgestalten.

Nun hat sich der VSG Ende Mai 2022 mit einer ersten provisorischen Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage der WEGM geäussert⁵. Diese weicht jedoch in einigen Punkten deutlich von der Haltung der Lehrerschaft in unserem Kanton ab. Es ist uns daher auch wichtig, sichtbar zu machen, wo und warum wir mit dem VSG nicht einer Meinung sind.

Wo Bildungspolitik und gewerkschaftliche Interessen ineinandergreifen

In der überarbeiteten Vorlage zur WEGM gibt es immer noch etliche offene Fragen und Tendenzen, welche Skep-

sis auslösen. Explizit noch nicht entschieden sind zwei Fragen: die Anzahl und Auswahl der Maturitätsprüfungsfächer (Art. 26 im MAR/MAV) und die mögliche Verschärfung der Bestehensnormen für die Abschlussprüfungen (Art. 28).

Während es in Bezug auf die Maturitätsprüfungsfächer für verschiedene Spielarten gute Argumente und Praxisbeispiele gibt, wird eine geringere Anzahl Prüfungsfächer tendenziell bevorzugt (jeder Kanton darf mehr Fächer prüfen, muss aber nicht). Eine deutlichere Mehrheit im Kanton Basel-Landschaft wehrt sich gegen eine Verschärfung der Bestehensnormen: Die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Verschärfung lässt sich nicht mit objektiv bewertbaren Kriterien messen: Der organisatorische Mehraufwand, den eine Revision zwangsläufig mit sich bringen würde, steht also nicht im Verhältnis zu ihrem allfälligen Nutzen.

Zudem: Die Aufwertung eines Faches, der Abschlussprüfungen oder des Gymnasiums an sich wird nicht erreicht durch erhöhten Leistungsdruck und potentielle Angstmacherei bei den Abschlussprüfungen, sondern durch guten Unterricht und adäquate Prüfungen in den Jahren zuvor.

Die Aufwertung eines Faches, der Abschlussprüfungen oder des Gymnasiums an sich wird nicht erreicht durch erhöhten Leistungsdruck und potentielle Angstmacherei bei den Abschlussprüfungen, sondern durch guten Unterricht und adäquate Prüfungen in den Jahren zuvor.

So können Lernende, die die nötigen Leistungen nicht erbringen oder für die das Gymnasium nicht der richtige Weg ist, dies schon in den Jahren vor den Abschlussprüfungen erkennen und alternative Bildungs- und Ausbildungswege einschlagen.

Darin unterscheidet sich die Tendenz im Kanton Basel-Landschaft deutlich von den Positionen des VSG, der eine höhere Anzahl Prüfungsfächer sowie eine moderate Verschärfung der Bestehensnormen befürwortet. Weitestgehend konform gehen die Meinungen im Kanton in diesem Punkt jedoch mit einer kürzlich als Medienmitteilung veröffentlichten Stellungnahme der Konferenz Schweizerischer Gymnasialrektorinnen und Gymnasialrektoren (KSGR)⁶. Darin heisst es: «Die KSGR anerkennt die Wichtigkeit neuer Inhalte am Gymnasium, lehnt aber ohne eine Gesamtschau eine weitere Zunahme von Maturitätsfächern ebenso ab, wie die im Reglement aufgeführten Varianten mit zusätzlichen Maturitätsprüfungsfächern oder eine Verschärfung der Bestehensnormen.» Auch die KSGR bemängelt also eine weitestgehend fehlende objektiv bewertbare Argumentation für die diesbezüglich eingebrachten Vorschläge.

Grundlegende Skepsis lösen nach wie vor die Listen von zu unterrichtenden Grundlagenfächern und von möglichen Schwerpunkt-fächern aus. Zwar haben sich beide auf ein realisierbares Mass reduziert, wenn man die teilweise abenteuerlichen Fächerkataloge aus dem Entwurf von 2021 zum Vergleich heranzieht. Dennoch wird das neue MAR/MAV mehr Grundlagenfächer und mehr mögliche Schwerpunkt-fächer beinhalten als das bisherige. Ob und wie dies zu realisieren ist, steht derzeit offen und ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

- Werden Gesamtdauer des Gymnasiums (4 Jahre) und totale Lektionszahl pro Woche gleichbleiben? Dann werden notgedrungen weniger Stunden pro Fach zur Verfügung stehen. Insbesondere neue Grundlagenfächer wie «Informatik» und «Wirtschaft und Recht», die zu zählenden Maturnoten führen, müssten deshalb wohl zwangsläufig eine höhere Stundendotation erhalten. Gerade hier stellt sich die Frage, ob und wo in anderen Fächern die Stundendotation reduziert werden soll.
- Wie werden die Rahmenstudenten aussehen? Wie viele Fächer werden Stunden gewinnen, wo werden

Stunden verloren gehen – und was bedeutet dies für die betroffenen Lehrpersonen?

- Wie werden die eidgenössischen Rahmenlehrpläne aussehen? Die letztjährigen Entwürfe waren – hier sind sich GLK, GBL, VSG und KSGR einig – als Vorlagen zur kantonalen Umsetzung viel zu überladen und wären mit den Rahmenbedingungen und den Anforderungen des neuen MAR/MAV nicht umsetzbar. Letztlich würde eine derartige Überfrachtung die Forderung nach einer besseren schweizweiten Vergleichbarkeit der Abschlüsse sogar konterkarieren.
- Wo und wie sollen zusätzliche interdisziplinäre und transversale Inhalte und Kompetenzen in die bestehenden Fächer integriert werden? Wo, wie und wann sollen diese vermittelt – und erlernt, geübt, vertieft – werden?
- Wenn der Auswahlkatalog der Schwerpunkt-fächer breiter wird, wie wird sich dies auswirken ...
 - ... auf die Organisation in den Schulen: Wird dies zu einem «Kurssystem» führen, in dem Lernende sich vorwiegend nach Lerninhalten und Interessen zusammenschliessen und der Klassenverband aufgelöst wird? In einem Kurssystem würde die erzieherische Begleitung der Schüler:innen⁷ viel stärker individualisiert und der Verantwortung der Fachlehrkräfte übertragen werden, was zu einem nicht leistbaren Mehraufwand führen würde respektive die Bereitstellung entsprechender Ressourcen verlangt.
 - ... auf den Wettbewerb zwischen Schulen: Werden Schwerpunkt-fächer stärker nach «Nachfrage» angeboten werden müssen? Welche Herausforderungen birgt dies für kleinere Schulen mit limitierten Ressourcen und einem kleineren Einzugsgebiet? Wenn zum Beispiel aus insgesamt 60 Schüler:innen Klassen gebildet werden müssen, werden die Klassen bei einer grösseren Auswahl an Schwerpunkt-fächern kleiner werden – bzw. die Auswahl an SPF wird aus Kostengründen verringert und an andere Schulen ausgelagert.

Die Aussicht auf sich erweiternde Fächerkanons hat schon anlässlich der internen Konsultation 2021 breites Unbehagen ausgelöst und eine Grundtendenz unter den Lehrpersonen im Kanton provoziert, die sich nun in den Rückmeldungen zur Vernehmlassung verstärkt: Ziel der aktuellen Weiterentwicklung ist auch, dass Lernende eine «vertief-

Nach den überfrachteten Vorlagen im letzten Jahr ist zu hoffen, dass die neuen Vorlagen nun so schlank und übersichtlich gestaltet sind, dass die Kantone und die einzelnen Schulen genügend Spielraum für eine machbare und zielführende Umsetzung haben.

te Gesellschaftsreife» entwickeln. Dazu gehört die Aneignung von Wissen, mehr noch aber die Vertiefung und Vernetzung desselben. Zu viele Fächer verzetteln Lernende wie Lehrende und können allzu schnell in fachspezifischen «teaching to the test»-Unterricht münden, weil anders Stoffvermittlung und Leistungsabruf kaum mehr möglich ist. Doch «zum Erreichen einer breiten Allgemeinbildung», brachte es die GLK in ihrer Stellungnahme zum letztjährigen Entwurf auf den Punkt, «genügt der heute bestehende Fächerkanon im Wesentlichen» – wenn auch aus fachspezifischer Sicht das eine oder andere zusätzliche Grundlagenfach natürlich sehr zu begrüßen wäre.

Der organisatorische Aufwand einer so grundsätzlichen Neuorganisation des Unterrichts scheint daher wiederum aus gewerkschaftlicher Sicht unverhältnismässig in Bezug auf den zu erwartenden Gewinn. Auch darin setzt sich die Grundtendenz in unserem Kanton klar von der Haltung des VSG ab, der eine breite Palette an Grundlagenfä-

chern für eine solide Allgemeinbildung bejaht und für die Schwerpunktfächer ein offenes Feld der Möglichkeiten ermutigen möchte.

Wohin sich die aktuelle «Weiterentwicklung der gymnasialen Matur» (WEGM) im Hinblick auf diese konkreten Fragen und Befürchtungen bewegen wird, werden die neuen Rahmenlehrpläne und eine dann hoffentlich auch vorliegende Rahmenstundentafel zeigen. Nach den überfrachteten Vorlagen im letzten Jahr ist zu hoffen, dass die neuen Vorlagen nun so schlank und übersichtlich gestaltet sind, dass die Kantone und die einzelnen Schulen genügend Spielraum für eine machbare und zielführende Umsetzung haben. Gerade in diesem Prozess, wo Debatten um Stundenverteilungen, Fächergewichtungen und die Arbeitsbelastung der Lehrpersonen konkret werden, wird der GBL gefordert sein, seinen Einfluss geltend zu machen. Wir bleiben dran!

¹ <https://www.sbf.admin.ch/sbf/de/home/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-88863.html> (05.08.2022)

² <https://matu2023.ch/de/> (05.08.2022)

³ https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing#https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2022/11/cons_1 (05.08.2022). – Die überarbeiteten schweizerischen Rahmenlehrpläne gelangen voraussichtlich im Winter 2022/23 in die Vernehmlassung.

⁴ In manchen Kantonen ist dieses Modell heute schon Usus und kann weiterhin praktiziert werden.

⁵ <https://www.vsg-sspes.ch/aktuelles/wegm>

⁶ <https://www.kmgr-cdgs.ch/de/>

⁷ Siehe «Bereich D» aus dem derzeit geltenden Berufsauftrag für Lehrpersonen (§ 2): Eltern- und Schülerberatung, Aufgaben der Klassenlehrpersonen: https://bl.clex.ch/app/de/texts_of_law/646.40



SHOP
DEIN
GELD
ZURÜCK

Für LCH-Mitglieder:

 tolle Gutscheine

 satte Rabatte

LCH.rewardo.ch



UND VIELE, VIELE SHOPS MEHR - JETZT SHOPPEN UND SPAREN!



FAST SCHON ZU GUT:

50% bis 70%
Mitglieder-Rabatt

Informieren Sie sich jetzt auf
Ihrer Verbandswebsite.



Salt.
Internet.TV. Mobile.

Schulen und Betriebe unternehmen grosse Anstrengungen, damit Jugendlichen der Übertritt in die Berufswelt gelingt. In dieser Rubrik soll dieser Themenbereich regelmässig Beachtung finden.

Partnerschaft Schule – Wirtschaft

arbeitgeberverband

region basel

Jugend-Probleme: Kommunikation kann helfen

Über 50 Prozent der Jugendlichen bekunden während ihrer Lehre (psychische) Probleme. Dies zeigt eine vor kurzem veröffentlichte Studie, an welcher auch der Arbeitgeberverband Basel mitwirkte. Die Schwierigkeiten sind aber meist keine neuen; oft waren die betroffenen Lernenden schon in der Schulzeit auffällig.



Die Befragung zum Thema «psychisch auffällige Lernende im Betrieb» wurde vom Gesundheitsdepartement BS gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum WorkMed der Psychiatrie BL, dem Bereich Mittelschulen und Berufsbildung BS, dem Arbeitgeberverband Basel, dem Gewerbeverband Basel-Stadt sowie der Stiftung Rheinleben bei Berufsbildnerinnen und -bildnern in diversen Lehrbetrieben der Deutschschweiz durchgeführt. Die Resultate zeigen, dass psychische Auffälligkeiten bei Lernenden häufig sind. Konkret sagt die Studie: «41 Prozent der Lernenden schliessen ihre Lehre problemlos ab, 59 Prozent weisen einen problematischen Lehrverlauf auf. 33 Prozent von ihnen gelingt es, die Schwierigkeiten während der Ausbildung zu lösen, wahrscheinlich mit grossem Engagement aller Beteiligten. Bei 26 Prozent bleiben die Probleme bis zum Schluss ungelöst. In diesen Fällen erfolgt in über einem Drittel ein Lehrabbruch. Die übrigen zwei Drittel schliessen ihre Lehre zwar ab, es bleibt dabei jedoch offen, wie und ob sie den Einstieg ins Berufsleben schaffen. 40 bis 50 Prozent der Lernenden mit Problemen sind zumindest vorübergehend wegen psychischer Probleme in Behandlung.»

Die Studie zeigt weiter, dass Jugendliche von einem unterstützenden und funktionierenden familiären Umfeld profitieren. Zudem haben gute Freunde und eine aktive Freizeit einen deutlich positiven Einfluss auf den Lehrverlauf. Aufschlussreich ist aber vor allem die Beobachtung, dass Lernende mit Problemen (meist im zwischenmenschlichen

Bereich) viel häufiger schon in der Schulzeit auffällig waren. Die Studie hält dazu fest: «Den Lehrpersonen in der Schule sind diese Probleme bekannt. Die Berufsbildner/innen hingegen sind darüber oft nicht informiert: Bei beinahe 40 Prozent der Lernenden mit schwierigen Verläufen sind frühere schulische Schwierigkeiten bzgl. Absenzen, Leistung und Verhalten im Vorfeld nicht bekannt. Etwas mehr als ein Drittel der Berufsbildner, die einen problematischen Verlauf geschildert haben, gibt an, dass derartige Informationen über frühere schulische Probleme ihnen geholfen hätten.» Allerdings stellt sich gemäss Studie auch die Frage, «ob eine geeignete Information erneut problematischen Verläufen vorbeugen könnte – oder ob die Kenntnis über schulische Auffälligkeiten gar dazu führen kann, dass den Lernenden die Chance für einen erfolgreichen Neustart genommen wird. [...] Es scheint jedenfalls, dass die Frage der Weitergabe gewisser (auch positiver) Informationen an den Lehrbetrieb nicht reflexartig abgelehnt, sondern differenziert diskutiert werden sollte.»

Fazit: Ziel muss es sein, die Früherkennung bei Lernenden mit Verhaltens- und Leistungsproblemen durch die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner zu verbessern und belastende Verläufe oder gar Abbrüche in der Berufsbildung zu verhindern. Eine bessere Kommunikation zwischen allen Seiten (Jugendliche, Eltern, Schule, Berufsbildner) ist sicherlich ein wesentlicher Faktor. Klar ist aber auch, dass stets das nötige Fingerspitzengefühl gefragt ist und der Datenschutz beachtet werden muss. Ausserdem sollte jeder Fall individuell betrachtet werden. Es soll auch nicht gleich jedes (teilweise «typisch pubertäre») Problem dramatisiert werden – denn je nachdem wird es dadurch nicht gelöst, sondern sogar noch verschärft.

*Frank Linhart, Leiter Öffentlichkeitsarbeit
und Berufsbildung Arbeitgeberverband Region Basel*

Weitere Informationen:

<https://www.arbeitgeberbasel.ch/dienstleistungen/recht/themen-artikellumgang-mit-psychisch-belasteten-lernenden/>

Perle 4: Jetzt haben alle Sek-Schüler ein iPad

Wo: Volksstimme

Wer: Janis Erne

Wann: 16. August 2022

Nach jahrelanger Projekt- und Umsetzungsphase ist es soweit: Sämtliche Baselbieter Sekundarschulen sind mit iPads ausgerüstet. Rechtzeitig vor dem gestrigen Schulbeginn seien im August bis Freitag die letzten Geräte ausgeliefert worden, teilt die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) auf Anfrage mit. Das Tablet als mobiler persönlicher Lernbegleiter soll den klassischen Unterricht ergänzen und vielfältiger machen. «Es geht aber nicht darum, das Lesen eines Buches oder das Zeichnen mit Farbstiften vollständig abzulösen», sagt Fabienne Romanens, Sprecherin der BKSD.

Ähnlich tönt es beim Lehrerinnen- und Lehrerverein Basel-land (LVB). «Mehr Tablets bedeuten nicht einfach einen besseren Unterricht», sagt dessen Präsident Philipp Loretz. Evidenzbasierte Lernvorteile müssten im Vordergrund stehen. Als einen Fallstrick des digitalen Unterrichts sieht er etwa die Ablenkungsgefahr, die von den mobilen Geräten ausgeht. «Die Konzentrationsfähigkeit wird beeinträchtigt, wenn im Hintergrund zahlreiche Meldungen über die verschiedenen Kommunikationsplattformen eingehen.» Und der Einsatz einer speziellen Kontrollsoftware schaffe nur bedingt Abhilfe. Es sei nicht möglich, den unterrichtsfremden Einsatz der Tablets zu unterbinden.

Auf Primarstufe entscheiden die Schulen im Baselbiet selber, welche digitalen Geräte sie anschaffen. Zwar gibt es einen im vergangenen Jahr aktualisierten Leitfaden des Kantons. Dieser enthält laut der BKSD Empfehlungen für die Ausstattung, um den Lehrplan im Bereich Medien und Informatik zu erfüllen. Doch schlussendlich hängt der Erwerb von Computern und Tablets vom Budget der Gemeinden als Schulträgerinnen ab.

«Es gibt Primarschulen, in denen ab der 3. Klasse jedes Kind mit einem eigenen Tablet ausgestattet wurde, und solche mit ein paar wenigen Computern im ganzen Schulhaus», berichtet Loretz. Laut einer Umfrage des Amts für Volksschulen vom Januar 2021 kann gut ein Viertel aller Primarschulen den Lehrplan mit der vorhandenen IT-Ausrüstung «nur teilweise» (21 Prozent der Schulen) oder «nicht» (6 Prozent) umsetzen.

Loretz sagt, dass die erforderliche IT-Infrastruktur für das neu eingeführte Fach Medien und Informatik insbesondere das Budget von weniger wohlhabenden Gemeinden belastet. Läfelfingen etwa gab kürzlich bekannt, 36 iPads auf Antrag der Primarschule zu erwerben. Neben der Ausstattung unterscheiden sich die Primarschulen teils auch im Konzept für den Umgang mit den digitalen Geräten, so Loretz weiter:

«Die einen haben bereits ein ausgereiftes Konzept, die anderen noch keines.»

Für den LVB ist es laut seinem Präsidenten zentral, dass die Schulen auf allen Schulstufen ein umsichtiges Konzept für den digitalen Unterricht haben. «Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein und muss einem pädagogischen Konzept untergeordnet werden, das unter anderem gesundheitliche Faktoren wie Ergonomie, Bildschirmzeit oder Erreichbarkeit verbindlich regelt», sagt Loretz. Er ist dezidiert der Meinung, dass die Schule nicht erwarten darf, dass Kinder und Jugendliche auch abends und an Wochenenden über die Plattform Microsoft Teams erreichbar sein müssen.

«Kritische Stimmen aus der Elternschaft stören sich an der Einmischung der Schule in das Erziehungskonzept der Eltern», nennt Loretz einen weiteren Diskussionspunkt als Folge der Digitalisierung des Unterrichts. Mit dem verordneten Einsatz der IT-Geräte auch im Elternhaus werde die digitale Vereinahmung der Kinder zusätzlich befeuert. Loretz meint, dass zumindest die Erziehungsberechtigten der Primarschülerinnen und -schüler entscheiden können sollen, ob das Schultablet auch zu Hause eingesetzt werden darf. Und für Kinder ohne iPad zu Hause dürfe kein Nachteil beim Erledigen der Hausaufgaben entstehen.

Auf Sekundarniveau I (13 bis 15 Jahre) erhalten alle Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2020/21 ein Tablet vom Kanton. In der Pilotphase hat sich das iPad von Apple durchgesetzt. Dieses habe sich bestens etabliert, so Romanens von der BKSD. «Die Einführung ist durch den coronabedingten Fernunterricht vermutlich etwas schneller abgelaufen als ursprünglich vorgesehen.»

Bei der Wartung der iPads attestiert der LVB-Präsident dem Kanton einen «ausgezeichneten Job». Die iPads werden von Liestal aus problemlos gewartet, so Loretz. Deutlich weniger zufrieden ist er hingegen mit dem technischen Support: Die eingestellten Ressourcen für die Wartung der IT-Infrastruktur und die Beratung der Lehrpersonen vor Ort seien noch unzureichend.

Dass die Sekundarlehrerinnen und -lehrer Unterstützung brauchen, erkannte der Landrat vor geraumer Zeit: Im Oktober 2021 beschloss er die Einführung des Pädagogischen ICT-Supports (PICTS) an den Sekundarschulen ab dem Folgejahr. «PICTS»-Lehrpersonen haben Weiterbildungen absolviert und einen Zusatzauftrag zum «normalen» Unterrichten. Sie



«Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein und muss einem pädagogischen Konzept untergeordnet werden, das unter anderem gesundheitliche Faktoren wie Ergonomie, Bildschirmzeit oder Erreichbarkeit verbindlich regelt.»

Philipp Loretz, LVB-Präsident

helfen ihren Arbeitskolleginnen und -kollegen bei technischen und pädagogischen Fragen rund um das iPad.

«Eine vertiefte Diskussion über den pädagogischen Mehrwert muss nun in Gang kommen», sagt Loretz zum Einbezug des iPads in den Unterricht. Eine in 36 Mitgliedsländern der OECD durchgeführte Studie habe etwa ergeben, dass die Lernenden, die in der Schule häufig mit Computern arbeiteten, bei den Lernergebnissen schlechter abschneiden. «Im Sinne einer wertsteigernden Implementierung der Digitalisierung ist eine evidenzbasierte Herangehensweise deshalb Pflicht.»

Romanens von der BKSD sagt, dass die Schulen noch daran seien, die neuen didaktischen Möglichkeiten in den täglichen Unterricht einzubauen.

Auch auf Sekundarstufe II läuft aus Sicht des LVB noch nicht alles optimal: «Rückmeldungen aus der Basis erwecken den Eindruck, dass zwischen den Baselbieter Gymnasien ein regelrechter Wettkampf herrsche, wer seinen Unterricht am schnellsten und am umfangreichsten digitalisiert», gibt der Präsident zu bedenken. Loretz spricht das BYOD-Modell an,

das seit dem Schuljahr 2021/22 umgesetzt wird: Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten nutzen ihren eigenen Computer im Unterricht. «Uns stört, dass die Gymnasien teils hohe Systemanforderungen an die obligatorischen Schülergeräte stellen. So seien die Eltern gezwungen, teure zusätzliche Geräte zu kaufen. Die gymnasiale Ausbildung werde damit noch kostspieliger. Das Anrecht auf eine gymnasiale Laufbahn dürfe aber nicht vom Portemonnaie abhängen.

Gleichzeitig mit der Einführung des BYOD-Modells vor einem Jahr wurde das Fach Informatik an den Gymnasien obligatorisch. «Die Rekrutierung von geeigneten Informatik-Lehrpersonen gestaltet sich wie erwartet anspruchsvoll», heisst es von der BKSD dazu. Aktuell seien die Gymnasien im Prozess aber noch auf Kurs. Wie sich die Rekrutierung in Zeiten zunehmenden Lehrer- und Informatikermangels entwickelt, wird sich mit Beginn des Schuljahrs 2023/24 zeigen.

Dann besuchen auch die ersten Jugendlichen das Gymnasium, welche die Sekundarschule mit einem persönlichen iPad durchlaufen haben.

Perle 5: Das befreite Klassenzimmer

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: Daniel Fritzsche

Wann: 5. September 2022

Es ist eine Frage, die früher auf dem Pausenplatz einfach zu beantworten war: «Was arbeitet deine Mutter, was dein Vater?» Die Leute hatten selbsterklärende Berufe: ein Schreiner schreinert, eine Schneiderin schneidert. Heute, in einer Zeit, in der Eltern als «Brand Evangelists» und «Chief Happiness Officers» tätig sind, ist alles viel komplizierter.

Ein Beruf, der heute wie gestern eigentlich einfach zu beschreiben sein sollte, ist jener des Lehrers. Ein Lehrer lehrt. Punkt. Doch so einfach ist es leider auch in diesem ehrenwerten Berufsstand nicht mehr. Leute, die an den öffentlichen Schulen wirken, sind spezialisiert, arbeiten als IF- oder DaZ-Fachpersonen, als Klassen- oder Schulassistenten, in der Logopädie oder Psychomotorik. Für den Unterricht und alles darum herum ist ein ganzer Stab an Unterstützungspersonen verantwortlich. Dass eine Lehrerin einmal alleine vor ihrer Klasse steht, kommt kaum mehr vor. Im Schulzimmer wimmelt es von Personal, das sich den ganzen Tag lang um die «SuS» - das steht für Schülerinnen und Schüler - zu kümmern hat. Möglichst integrierend, möglichst individualisiert.

Wegen der vielen Leute braucht es viele Absprachen und noch mehr unnötige Sitzungen. In der Stadt Zürich etwa tagt regelmässig die Schulkonferenz, in der Fragen, die das ganze Schulhaus betreffen, behandelt werden. Dazu kommen Stufen- und Jahrgangskonferenzen, die ebenfalls periodisch stattfinden. Nicht zu vergessen die Besprechungen von Unterrichts- und Standortteams sowie einer Steuergruppe, die

eine beratende Funktion der Schulleitungen einnimmt. In sogenannten K-Teams, was für «Kooperationsteams» steht, geht es um die Koordination zwischen Schule und Mittagshort - eine Aufgabe, die mit der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen noch an Umfang zunehmen wird. Vor lauter Vernetzung bleibt weniger Zeit für das eigentlich Wesentliche, die Arbeit mit den Kindern.

Um reine Wissensvermittlung geht es im Lehrerberuf ohnehin längst nicht mehr. Die Ansprüche sind in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Dies aus einem an sich hehren Grund: der vielbeschworenen Chancengerechtigkeit. Die Schule soll Rückstände, die Kinder aus unterschiedlichen Umfeldern mitbringen, aufholen - nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch im Sozialen. Einen entsprechend hohen Stellenwert nimmt für Lehrerinnen und Lehrer heute die Arbeit mit und an den Eltern ein; eine weitere Zusatzbelastung.

Nach der obligatorischen Schulzeit sollen alle Schülerinnen und Schüler die mehr oder weniger identischen Startchancen für ein erfolgreiches Leben erhalten haben. Die Schule als grosse Gleichmacherin. Lehrpersonen müssen dabei oft ausbügeln, was Eltern verschlafen haben oder noch so gerne delegieren. Das ist anstrengend, oft undankbar und damit ein wesentlicher Grund für den grassierenden Lehrermangel. Nur wird er von den politisch Verantwortlichen und Bildungstheoretikern kleingeredet.

Man will sich nicht eingestehen, dass viele der Bildungsreformen der jüngsten Vergangenheit gescheitert sind und einer Überholung bedürfen. [...] Was es braucht, sind [...] bessere Arbeitsbedingungen, vor allem weniger Bürokratie, weniger Sitzungen und Absprachen, weniger geteilte Verantwortung, dafür mehr Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit für jede einzelne Lehrerin und jeden einzelnen Lehrer, letztlich ein von Ideologie möglichst befreites Klassenzimmer.

Es ist immer schwierig, den Beginn einer Fehlentwicklung präzise zu datieren. Solche Prozesse dauern lange und sind fließend. Dennoch hat der 10. Juni 1994 ohne Zweifel eine grosse Bedeutung. An diesem Tag wurde im spanischen Salamanca eine Unesco-Erklärung unterzeichnet. An einer Kon-

Wegen der vielen Leute braucht es viele Absprachen und noch mehr unnötige Sitzungen.



© ASDF – stock.adobe.com

ferenz mit 300 Teilnehmern, die 92 Regierungen und 25 internationale Organisationen repräsentierten, stand das Ziel «Bildung für alle» im Zentrum.

Die sogenannte Salamanca-Erklärung hält seither fest, dass jedes Kind einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse habe. Und dass Regelschulen «mit integrativer Orientierung» das beste Mittel seien, «um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, den individuellen Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden und eine integrierende Gesellschaft aufzubauen». Die Schweiz, vorbildlich in der Umsetzung wie meist, ging voran und erklärte die integrative Förderung einige Jahre später in vielen kantonalen Volksschulgesetzen zum Goldstandard, so etwa im grossen Kanton Zürich. Seither gilt die Regel, dass grundsätzlich alle Kinder in einer normalen Schulklasse Platz finden sollen. Auch «schwierige» Fälle, die den Unterricht permanent stören.

So löblich die Absicht, so untauglich die Alltagspraxis. Das integrative Prinzip hat vielerorts zu Unruhe, Überforderung und der geschilderten Personalschwemme geführt. In einer Umfrage unter 10'000 Lehrerinnen und Lehrern gab mehr als die Hälfte an, dass sie die integrative Schulung als Zusatzbelastung wahrnehme. Entsprechend gross sollte der Handlungsbedarf sein. Das Mittel kann nicht sein, Gehörschutze im Klassenzimmer zu verteilen, wie das in mittlerweile vielen Schulen getan wird, weil sich die Kinder nicht mehr konzentrieren können.

Vielmehr sollte das System grundsätzlich überdacht werden. Es gibt Situationen, in denen eine Integration schlicht keinen Sinn hat. Dann etwa, wenn eine Schülerin mit dem Pflichtstoff masslos überfordert ist oder wenn ein Schüler den Unterricht dermassen stört, dass seine Klassenkameraden abgelenkt und die Lehrpersonen total absorbiert sind. Dann sind Sonderschulen, Förder- und Kleinklassen die besseren Mittel als hartnäckige Versuche, Kinder in eine Regelklasse zu pressen. Auch für die betroffenen Schüler kann dies Vorteile haben: Auf ihre Bedürfnisse kann besser eingegangen werden, sie haben Lernerfolge und müssen sich nicht stets mit den fortgeschritteneren Klassenkameraden vergleichen.

Es ist ein zaghaftes, aber dennoch hoffnungsfrohes Zeichen der Einsicht, was Silvia Steiner als Zürcher Bildungsdirektorin [...] kürzlich in einem NZZ-Interview sagte: Bei der Sonderpädagogik sehe sie «Möglichkeiten, wie man die Lehrer entlasten könnte». Wenn es um Kinder gehe, die ernsthafte Probleme hätten, die verhaltensauffällig seien und eine Schulklasse durcheinanderbrächten, brauche es für die Schulen bessere Instrumente, um die Lage zu beruhigen. Steiner

Das integrative Prinzip hat vielerorts zu Unruhe, Überforderung und einer Personalschwemme geführt.

spricht von «Lerninseln», auf die gewisse Kinder vorübergehend geschickt werden können. Das geht zu wenig weit und kann höchstens ein erster Schritt sein. An einigen Schulen wird es bereits so gehandhabt. Die Gefahr ist gross, dass die Bürokratie so nur noch weiter wächst und es zusätzliches Personal braucht.

Vorstellbar wären andere Mischformen, um das an und für sich löbliche Ziel der Integration doch noch - zumindest teilweise - zu erreichen: Sonderschulen könnten beispielsweise vermehrt in reguläre Schulhäuser aufgenommen werden. Begegnungen fänden so immerhin auf dem Pausenplatz statt. «Weichere» Schulfächer wie Musik oder Zeichnen können auch in Zukunft integrativ geführt werden.

Bewegung ist erfreulicherweise in einigen Kantonen zu beobachten. Sowohl im urbanen Genf als auch im ländlichen Nidwalden wird das bisherige Modell hinterfragt. In Basel-Stadt hat ein Komitee eine Initiative lanciert, die die Einführung von Förderklassen vorsieht. Der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer scheint bereit, gewisse Änderungen anzugehen: Die integrative Schule müsse eine «bessere Wirkung erzielen», sagte er unlängst. «Die Lehrer dürfen nicht ausbrennen. Diese Gefahr besteht leider.» In einer Umfrage befürworteten fast drei Viertel der teilnehmenden Lehrer die Wiedereinführung von Kleinklassen. Die Aussagen und Beispiele zeigen, dass die Zeit für eine Reform der Reformen im Bildungsbereich reif ist. Die Debatte um den Lehrermangel in den Sommerferien legte manche Mängel des heutigen Systems korrekt offen. Nun gilt es, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Natürlich wünscht sich niemand eine Rückkehr zur autoritären Lehrer-Lämpel-Schule [...]. Die Individualisierung ist eine Errungenschaft, die aber nicht mit immer höheren Ansprüchen überfrachtet werden darf. Von pädagogischen Konzepten, die dem Gros der Schüler und Lehrer mehr schaden als nützen, gilt es sich zu verabschieden. Was es im Schulbetrieb braucht, ist eine Entschlackung und Konzentration auf den Kern des Unterrichtens. Dieser kann kinderleicht zusammengefasst werden: Ein Lehrer lehrt.



© Marco2811 – stock.adobe.com

LVB-Forum

lvb.inform 2021/22-04

Im «lvb inform 21/22, Nummer 04» beginnt meine geistige Freude schon beim Titel des Editorials mit den «Lehrermangelercheinungen», weil er eine gekonnte Kombination von zwei eigenständigen Begriffen darstellt, die für sich eine Welt sind. Wenn ich dann das gehaltvolle Editorial lese, bin ich als Lehrkraft im Bild über den herrschenden Lehrermangel und schätze ausserdem, dass der Autor die Sachlage klar wertet, auf die Zusammenhänge verweist, sozusagen für mich das Thema im bildungspolitischen Kontext einordnet.

Vielleicht tönt es etwas pathetisch, aber es ist mir ein Anliegen, dass ich von meiner Zunft würdig vertreten werde. Es war mir auch beim Ausbilden der zukünftigen Lehrkräfte immer ein Anliegen, dass Lehrkräfte unter ein gewisses intellektuelles (und auch Bildungs-) Niveau nicht fallen sollten. Deshalb macht es mich stolz, wenn die LVB-Zeitung «e Schnuure macht», wie man so schön sagt. Mit Freude habe ich deshalb gelesen, dass der sich selbst als Vielschreiber bezeichnende Roger von Wartburg weiterhin sprachlich in Erscheinung treten wird. Vielschreiber tönt in diesem Zusammenhang abwertend. Ich zehre vom Gehalt dieser Vielschreiberprodukte.

Eine weitere Wohltat sind die Perlen, die von Roger von Wartburg gesammelt werden. Sie sind Labsal auf meine alte, vom Zeitgeist strapazierte Lehrerseele. Als Lehrkraft mit über vierzig Jahren Erfahrung verfluche ich die vorherrschende Beliebigkeit und den Mangel an Sorgfalt im Bildungswesen. Die Perlen stehen immer wieder für klare Standpunkte, die das Wesentliche in unseren Bemühun-

gen in den Vordergrund rücken und beim Einordnen der Zeitströmungen helfen. Wenn ich Standpunkte vertrete, dann werde ich als Ü60 immer wieder in die Ecke der Zurückgebliebenen gedrängt. Erfahrene Lehrkräfte, die monieren, iPads seien kein Unterrichtsinhalt oder Integration auf Teufel komm raus habe auch ihre Schattenseiten, geraten leicht in den Verdacht, sich aus geistiger Bequemlichkeit kritisch zu äussern.

Der Fremdsprachenunterricht ist ein typisches Beispiel dafür. Ich erinnere mich an ein «lvb inform», das sich intensiv diesem Thema widmete, und dies auf eine umfassende und vertiefte Art, die ihresgleichen sucht. Der Autor war der jetzige LVB-Präsident. Wer solche fleissige wie gescheiterte Leute im Vorstand hat, der kann sich glücklich schätzen.

Sechs Jahre meiner Unterrichtstätigkeit verbrachte ich im Kanton Solothurn. Ich kann mich nicht erinnern, dass der LSO nur annähernd so gut aufgestellt war wie der LVB mit seinem gelben Blatt. Es ist auch so, und das zeigt der Beitrag von Isabella Oser, dass ich als Lehrkraft rechtlich beim LVB sehr gut aufgehoben bin. Ich habe ihre kompetente, aufopferungsvolle Arbeit auch schon aus der Nähe erlebt.

Grundlage für gutes Gelingen ist natürlich auch die Struktur unserer Verbandsbroschüre. Der letzte Schrei ist für sich schon ein Grund, kein «lvb inform» zu verpassen. Andere Kantone mögen ihre Vorteile haben, wir haben den LVB!

Bernhard Guntern, Bärschwil

LVB-Informationen

- Pensionierung?
- Schulwechsel?
- Verändertes Pensum?
- Neue Wohnadresse?
- Ausbildung abgeschlossen?

Sind Sie auf Ende Schuljahr in Pension gegangen? Haben Sie die Schule gewechselt? Hat sich Ihr Unterrichtspensum verändert? Sind Sie umgezogen? Haben Sie Ihre Ausbildung abgeschlossen? Dann melden Sie uns das bitte! Nur so können wir im Oktober die Mitgliederrechnungen mit den richtigen Angaben an die korrekten Adressen versenden.

Bitte helfen Sie uns, unnötige Administrationsaufwände zu vermeiden, indem Sie mit der Meldung Ihrer veränderten Mitgliederdaten nicht zuwarten! Melden Sie Ihre Änderungen per E-Mail an info@lvb.ch oder füllen Sie das Mutationsformular via www.lvb.ch ► **Mitgliedschaft** ► **Mutationen** aus!
Vielen Dank für Ihre Mithilfe!



LVB vor Ort

Buchen Sie jetzt eine Delegation der LVB-Geschäftsleitung für Ihren Konvent!



© Alexander Limbach – stock.adobe.com

Mit der Aufhebung der Corona-Schutzmassnahmen können wir das beliebte Angebot «LVB vor Ort» wieder aufleben lassen. Eine Delegation der LVB-Geschäftsleitung besucht Ihren Konvent und stellt die vielschichtige Arbeit des LVB vor. Dabei können auch spezifische Themenwünsche berücksichtigt werden.

Egal, wie gross die Schule ist, an der Sie arbeiten: Wir kommen gerne zu Ihnen! Melden Sie sich bei Interesse via info@lvb.ch, um einen Termin für das angebrochene Schuljahr zu vereinbaren!

Anhörung Lehrplan und Studentafel Brückenangebote: Stellungnahme des LVB

Das Ziel der Brückenangebote, Jugendliche beim Eintritt in die Berufsbildung bzw. beim Übertritt in weiterführende Schulen zu unterstützen, teilt der LVB grundsätzlich. Im Folgenden gehen wir auf uns problematisch erscheinende Aspekte ein.

Referenzrahmen

Dass in der Regel der Lehrplan Volksschule Baselland, Zyklus 3, als Referenzrahmen dienen soll, ist nachvollziehbar, besonders im Schulischen und Kombinierten Profil. Die Förderung auf die Resultate des Checks S3 abzustützen, dürfte allerdings in vielen Fällen keine hinreichende Grundlage liefern, was einerseits in der Ausgestaltung der Checks begründet liegt, andererseits in der Motivation der Lernenden, diese zum Zeitpunkt, in dem sie durchgeführt werden, ernsthaft zu bearbeiten.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die auf Sek I erarbeiteten Ergebnisse ernstzunehmen und generell im Anmeldeprozess und insbesondere bei der Triage besser zu nutzen. Der Anmeldeprozess sollte einfacher ausgestaltet sein und den Lernenden müssen die Spezialisierungen am ZBA bekannt sein, damit sowohl sie als auch ihre Klassenlehrkräfte und ihre Berufsberatenden begründete Präferenzen im Anmeldeprozess ausdrücken können, wenn die Berufliche Orientierung dies zulässt. Dann können Zuteilungen in der Triage passender erfolgen.

Schulisches Profil

Dass die Weiterarbeit im Berufsfindungsprozess auf der Vorarbeit der Beruflichen Orientierung auf der Stufe Sek I aufbauen soll, ist zu begrüssen.

Reduktion der Komplexität im Schulischen Profil: Es ist festzustellen, dass die angebotenen Spezialisierungen bisher nicht dazu führen, dass daraus tatsächlich mehrheitlich eine Berufswahl in der Spezialisierungsrichtung erfolgt. Die bestehenden vier Spezialisierungen bieten ein Feinraster an, für welches die Klientel noch gar nicht bereit ist. Hier sollte eine Reduktion der Komplexität des Angebots auf z.B. zwei Spezialisierungen erwogen werden. Dies würde es dem ZBA kvBL ermöglichen, die Betreuungsstrukturen effizienter als bisher auszugestalten.

Kombiniertes Profil

Den Wegfall der Vorlehre Metall sehen wir als schmerzlichen Verlust. Die Lernenden arbeiten dort zwar nicht in einem Betrieb im herkömmlichen Sinne,

aber der Betriebsalltag wird sehr realitätsnah simuliert. Wer sich für einen Beruf in diesem Bereich interessiert, dem stehen neu nur noch die beiden Vorkurse Metall Bau und Metall Mechanik in Basel-Stadt zur Verfügung. Lernende mit gefestigtem Berufswunsch, welche zuvor im Rahmen der Vorlehre Baselland mit Vorlehrvertrag ein Jahr in einem Betrieb gearbeitet haben, werden mit der Neuorientierung der beruflichen Praxis im Feld beraubt, sofern sie sich nicht für einen Beruf entschieden haben, der der Vorlehre Detailhandel & Pharma oder der Vorlehre Betreuung, die beide ebenfalls nach Basel-Stadt ausgelagert worden sind, zugeordnet werden kann.

Es stellt sich die Frage, inwiefern für eine ausreichende Anzahl Plätze für Baselbieter Jugendliche gesorgt sein wird, da die Vorkurse eine beschränkte Platzzahl haben. Existiert eine angepasste Leistungsvereinbarung für diesen Bereich? Wie sollen die fehlenden Berufsfelder abgedeckt werden?

Die Sicherstellung der Kontinuität im Verlauf des Ausbildungsjahres erscheint bei dem im Kanton Basel-Landschaft neu organisierten kombinierten Angebot mit den absehbar häufigen Wechseln zwischen schulischen Anteilen, interner und externer Praxis als bedroht. Gerade für schulumüde Jugendliche mit noch nicht gefestigter Berufsorientierung stellt dies rasch eine Überforderung dar. Wie eine ausreichend enge Begleitung sichergestellt wird, bleibt offen.

Im Schlüsselbereich Praxis stellt sich die Frage, wie externe Betriebe dazu motiviert werden können, Lernende für wenige Wochen bzw. Monate zu betreuen und zu beurteilen: Der Aufwand ist hoch und der Ertrag klein. Bei Praktika müsste ausserdem eine relativ hohe Entschädigung bezahlt werden. Gleichzeitig sinkt im Vergleich zu einer Vorlehre die Verbindlichkeit für die Jugendlichen. Liesse sich hier über Vertragsabschlüsse analog zu einem Vorlehrvertrag mehr Verbindlichkeit erreichen?

Integratives Profil

Hier ist darauf zu achten, dass für gut vorgebildete Jugendliche und junge Erwachsene auch Angebote gemacht werden können, die über den Referenzrahmen 3. Zyklus Volksschule Baselland hinausgehen. Vermehrt traten in den letzten Jahren Anspruchsgruppen auf, welche Schulen im europäischen Ausland absolviert und somit mit solider Vorbildung in vielen Bereichen eintreten (z.B. Fremdsprachenkennt-

nisse, besonders Englisch). Für eine erfolgreiche Integration in anspruchsvolle Berufsausbildungen erweisen sich dabei folgende Felder als hinderlich:

Im Schlüsselbereich Deutsch ist die DaZ-Lektionenzahl zu tief angesetzt: Während in anderen Kantonen der DaZ-Unterricht acht oder mehr Lektionen pro Woche umfasst, sind es am ZBA kvBL gerade einmal sechs. Die Erwartung, mit dieser Dotation des Faches normal begabte Lernende von einem Niveau A2 (Bewältigung einfacher Alltagssituationen) auf das Niveau B2 (Bewältigung der Anforderungen in einer EFZ-Ausbildung) bringen zu können, ist illusorisch.

Soll die Erwartung des Kantons erfüllt werden, dass die Lernenden am Ende anschlussfähig auch für EFZ-Ausbildungen sind, ist eine deutliche Anhebung auf 8 bis 10 DaZ-Lektionen pro Woche vorzunehmen. Die Senkung gegenüber der bisherigen gesamten wöchentlichen Lektionenzahl in der Stundentafel von deren 14-18 auf 12-16 ist kontraproduktiv, wir lehnen sie darum ab.

Im Bereich Fremdsprachen bringen viele Lernende im integrativen Profil Vorkenntnisse mit (besonders Englisch), die dringend erhalten und erweitert werden sollten, da in den Berufsausbildungen in der Regel eine Fremdsprache verlangt wird. Französisch sollte zumindest als Freifach angeboten werden können für jene Begabten und schulisch gut Vorgebildeten, welche das Potenzial für eine Ausbildung mit Berufsmatur mitbringen. Dieses zu verschenken liegt weder im Interesse der Wirtschaft, welche qualifizierte Lernende händierend sucht, noch im Interesse unseres Sozialsystems. Zugewanderte mit EFZ- und BM-Abschlüssen werden als Berufstätige Steuern zahlen.

Stundentafel

Aus den obigen Erwägungen und Überlegungen ergeben sich folgende Forderungen für die Stundentafel:

Zeitliche Ressourcen

Bisher war die durchschnittliche Lektionenzahl mit 14-18 Lektionen im Bereich schulische Grundbildung sowohl im Schulischen als auch im Integrativen Profil schon sehr flexibel ausgestaltet. Die geplante Kürzung von minimal 14 auf minimal 12 Lektionen darf ebenso wenig erfolgen wie die Senkung von 18 auf maximal 16 Lektionen im Integrativen Profil, da dieser Bereich den Kern der Ziele enthält, die es für die berufliche Anschlussfähigkeit zu erreichen gilt. Genau dafür bezahlt

der Kanton die Schulen kvBL.

Bei den Grundkompetenzen ist darum auch der Pflichtbereich (wie bisher) verbindlich, d.h. mit Nennung der Grundlagenfächer, festzulegen. Wenn immer wieder festgestellt wird, dass die Leistungen der Schulabgängerinnen und -abgänger in Mathematik und Deutsch nicht den Anforderungen der Ausbildungsbetriebe entsprechen, kann es nicht zielführend sein, in diesem Bereich den Unterricht zu reduzieren – in keinem der angebotenen Profile. Besonders entscheidend ist es, im Integrativen Profil den DaZ-Anteil bei mindestens 8 Lektionen zu verorten, damit die Lernenden befähigt werden, ihre Deutschkenntnisse auf das Niveau zu bringen, welches für das Bestehen einer EFZ-Ausbildung ausreichend ist.

Sowohl im Schulischen wie im Integrativen Profil ist bei den allgemeinbildenden Fächern zu präzisieren, dass hierzu neben Gesellschaft-Wirtschaft-Recht und Naturwissenschaft auch Fremdsprachen sowie Gestalten und Musik gehören. Gerade letztere bilden oft einen Rahmen, in dem Lernende, welche in den Kernfächern Mühe haben, sich besonders selbstwirksam erleben können. Damit wird das rahmensetzende Ziel der persönlichen Entwicklung gestärkt.

Eckwerte des Projektauftrags im Bericht zu Lehrplan und Stundentafel Brückenangebote

Der LVB legt Wert auf die Feststellung, dass auch bei innovativer Organisations- und Schulentwicklung das geltende Personalrecht zwingend gewahrt bleiben muss. «Offenheit», wie im Bericht unter «5. Eckwerte» genannt, darf nicht zu einer Schlechterstellung der Angestellten führen.

Gerade wenn auch die Anstellungsform des Lehrpersonals, der Umgang mit Arbeitszeit und Freizeit «anzugehen» seien, wie im «Bericht zum Lehrplan und Stundentafel Brückenangebote» auf S. 4 formuliert wird, ist der frühzeitige und konstruktive Einbezug der Sozialpartner sicherzustellen und darum in der Leistungsvereinbarung (Abschnitt 8., S. 5) mit den Schulen kvBL ausdrücklich auch auf die sozialpartnerschaftlichen Standards des Kantons hinzuweisen.

Liestal, 22. September 2022

Medienmitteilung

Forderungen der ABP betreffend Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhung Lohnrunde 2023

Sehr geehrte Medienschaffende

Die ABP als anerkannter Sozialpartner des Kantons Basel-Landschaft kommuniziert mit diesem Schreiben ihre Forderungen für die Lohnrunde 2023 sowohl hinsichtlich des Teuerungsausgleichs als auch in Bezug auf die erste Realloohnerhöhung seit 21 Jahren.

1. Teuerungsausgleich

Gemäss § 49 des Personaldekrets stellt der Regierungsrat nach Verhandlungen mit der ABP dem Landrat Ende September des jeweiligen Jahres Antrag über die Höhe des Teuerungsausgleichs. Die Teuerung berechnet sich – im Unterschied zu anderen Kantonen – folgendermassen: Es wird die Differenz der geglätteten Teuerung von zwei aufeinanderfolgenden Jahren (Vorjahr/aktuelles Jahr) berechnet. Die geglättete Teuerung selbst berechnet sich als Durchschnitt der einzelnen Monatsindizes über ein Jahr. Die Differenz der geglätteten Teuerung wird als prozentuale Differenz berechnet. Dabei wird sie ins Verhältnis zur Teuerung des Vorjahres gesetzt. **Durch dieses ungewöhnliche Baselbieter «24-Monate-Modell» wird die Auswirkung einer übermässig stark anziehenden Teuerung, wie wir sie 2022 erleben, erst mit zeitlicher Verzögerung in ihrer eigentlichen Dimension erfasst.**

Als **weitere Beurteilungsgrössen für die Höhe des Teuerungsausgleichs** sind gemäss § 49 des Personaldekrets die **finanzielle Situation des Kantons** und die **wirtschaftliche Entwicklung im Umfeld** mit einzubeziehen. Der Ausblick auf den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023-2026 ist gemäss dem Jahresbericht 2021 des Regierungsrats selbst auf der Basis des Negativszenarios der BAK Economics-Prognose durch schwarze Zahlen geprägt. Die Staatsrechnung 2021 präsentierte sich hervorragend. Das operative Ergebnis lag bei einem Plus von fast 200 Millionen Franken.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein Blick auf den für das Jahr 2023 prognostizierten massiven Anstieg der Krankenkassenprämien unvermeidlich. Ein signifikanter Kaufkraftverlust wird daraus resultieren; **für den Kanton Basel-Landschaft sind Prämiensteigerungen von ca. 4.5 % prognostiziert**. Da die Krankenkassenprämien jedoch **nicht Teil des Warenkorb des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)** und der damit verbundenen Teuerungsberechnung sind, fordert die ABP **zusätzlich 0.5 % Teuerungsausgleich**.

Insgesamt fordert die ABP für die Lohnrunde 2023 einen Teuerungsausgleich von + 3 %*.

** Diese 3 % basieren auf der Annahme, dass das Baselbieter Berechnungsmodell eine Teuerung von 2.5 % ausweisen wird. Sollten es mehr als 2.5 % sein, erhöht sich die Forderung entsprechend.*

2. Realloohnerhöhung

Aus folgenden Gründen fordert die ABP eine Realloohnerhöhung für die bevorstehende Lohnrunde:

- **Aufgrund des ungewöhnlichen Berechnungsmodells des Kantons Basel-Landschaft** (siehe oben) **hinkt der Teuerungsausgleich der aktuellen Teuerung hinterher.** Die seit Frühjahr 2022 weltweit eingesetzte Inflation und nachfolgende anwachsende Teuerung kann durch eine Realloohnerhöhung besser abgefedert werden, da die Kaufkraft dadurch kurzfristig erhalten bleibt. Der Kanton Basel-Landschaft hat zudem als Arbeitgeber für die Privatwirtschaft eine Vorbildfunktion.
- **Der aktuelle Fachkräftemangel betrifft alle Direktionen des Kantons: Lehrpersonen und Schulleitungen, Polizei, handwerklich-technische Funktionen, IT-Fachleute, Sachbearbeiter*innen, administrative Funktionen (Immobilien, Human Resources, Jurist*innen, Projektleitungen für Hoch- und Tiefbau).** Durch die Rekrutierung von neuem Personal werden die langjährigen Staatsangestellten in der Lohneinreihung benachteiligt, da diesen neuen Fachkräften aufgrund des ausgetrockneten Marktes ein guter Anfangslohn angeboten werden muss. Dadurch wird ein Kreislauf in Gang gesetzt, da sich die benachteiligten Mitarbeitenden nach einer neuen Stelle, die in aller Regel mit mehr Lohn verbunden ist, umsehen werden. Diese Konkurrenzsituation kann nur durch eine Realloohnerhöhung vermindert werden.
- **Eine letzte Realloohnerhöhung für das Staatspersonal des Kantons Basel-Landschaft erfolgte im Jahr 2001!** Zudem haben sich gemäss dem Bundesamt für Statistik die Nominallöhne gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 0.2 % verringert. **Während der schwierigen Phasen der Pandemie haben die Staatsangestellten unter grossem Einsatz dafür gesorgt, alle Leistungen des Kantons jederzeit sicherzustellen. Neben Wertschätzung in Form warmer Worte muss sich dies auch auf den Lohnausweisen zeigen.**

Aus den genannten Gründen fordert die ABP für die Lohnrunde 2023, in Ergänzung zur Forderung hinsichtlich Teuerungsausgleich, eine Realloohnerhöhung von + 2 %. Dabei ist das Lohngefüge insgesamt – ausgedrückt in den Lohnbändern – anzuheben .

Für den Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB: Martin Loppacher und Roger von Wartburg

Für den Personalverband Polizei Basel-Landschaft PVPBL: Dr. Ivo Corvini und Michael Rudin

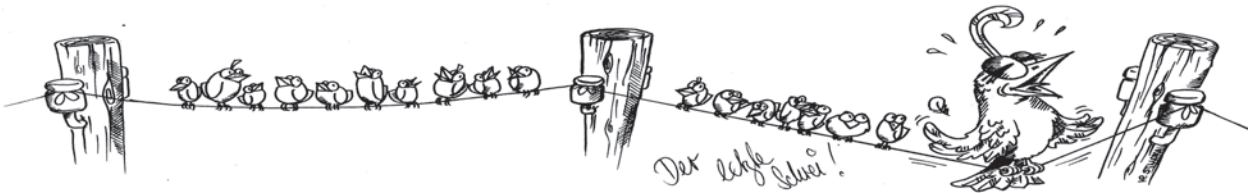
Für den vpod Region Basel: Martin Kaiser und Toya Krummenacher

Für den Verband des Staats- und Gemeindepersonals VSG: Susanne Müller und Andreas Zuber

Strichwörtlich

von Michèle Heller





Der letzte Schrei Solidaritätsleerstellen

von Roger von Wartburg

Als das brave Schulmeisterlein Keuner in der Zeitung darüber las, dass der Lehrpersonenmangel im Lande immer gravierender werde und in diesem Zusammenhang den verbliebenen Lehrpersonen mit einem gerüttelten Mass an Moralin nahegelegt wurde, sie sollten doch in einem Akt der Solidarität alle ihre Pensen erhöhen, dachte das brave Schulmeisterlein Keuner lange darüber nach.

Nach langem Nachdenken war in dem braven Schulmeisterlein Keuner eine andere Idee gereift: Wäre es nicht ein noch viel grösserer Akt der Solidarität, wenn die vielen, vielen einst zu Lehrpersonen ausgebildeten Menschen, die mittlerweile als Bildungsforschende, -konzipierende, -evaluierende, -planende, -ökonomisierende und -soziologisierende in und an zahllosen Hochschulen, Denkfabriken, Fach- und Stabsstellen tätig waren, wenigstens temporär

in ihren angestammten Beruf zurückkehren würden, um dergestalt, wieder rudernd statt steuernd gewissermassen, die sich ausweitende Malaise abzuschwächen?

Am Abend zappte das brave Schulmeisterlein Keuner durch die verschiedenen TV-Programme und blieb auf 3sat an einem Programm des deutschen Kabarettisten Volker Pispers hängen, der über Unternehmensberater und Aktienanalysten sprach, um diese Berufsgruppen abschliessend mit Eunuchen zu vergleichen: Sie wissen, wie man's macht, aber ...

Da ging das brave Schulmeisterlein Keuner zu Bett, zog sich die Decke über den Kopf und nahm sich vor, am folgenden Tag von Neuem angestrengt über die Thematik nachzudenken.



Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Schwertrainstrasse 36
4142 Münchenstein
061 763 00 02

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsidium, Medien,
Publikationen und Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 077 417 57 54
philipp.loretz@lvb.ch

Vizepräsidium,
Geschäftsführung & Mitgliederverwaltung
Maddalena Pezzulla
Am Bollwerk 4
4102 Binningen
Tel 061 763 00 03
maddalena.pezzulla@lvb.ch

Redaktion, Dokumentation,
Stellungnahmen & Anlässe
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Beratung, Mediation & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 079 606 96 37
isabella.oser@lvb.ch

Sozialpartnerschaft & Personalfragen
Martin Loppacher
Spalentorweg 4
4051 Basel
Tel 061 693 00 73
martin.loppacher@lvb.ch